
Testatsexemplar

Krankenhauszweckverband Ingolstadt
Ingolstadt

Konzernabschluss zum 31. Dezember 2022
und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2022

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS



Inhaltsverzeichnis

Seite

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022.....	1
Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022.....	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2022.....	2
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022.....	3
3. Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2022.....	5
Anlagennachweis zum 31. Dezember 2022.....	17
4. Konzern-Kapitalflussrechnung.....	19
5. Konzerneigenkapitalpiegel.....	21
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS.....	1

Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Zweckverband der Stadt Ingolstadt und des Bezirks Oberbayern

Konzernlagebericht

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

Konzernstruktur

Das Mutterunternehmen Krankenhauszweckverband Ingolstadt, gegründet im November 1981, stellt für die Verbandsmitglieder Stadt Ingolstadt und den Bezirk Oberbayern die stationäre und ambulante Krankenversorgung für die Region Ingolstadt sicher. Zum 01. Januar 2005 wurde der Klinikbetrieb, die Entwöhnungseinrichtung und die Seniorenwohnanlage „Betreutes Wohnen“ mit den Bauten auf die neu gegründete Klinikum Ingolstadt GmbH ausgegliedert. Der ebenfalls in die Klinikum Ingolstadt GmbH ausgegliederte Betrieb eines Pflegeheims wurde zum 01.01.2007 auf deren neu gegründete Tochtergesellschaft, die Alten- und Pflegeheim GmbH, übertragen. Der Grundbesitz verblieb beim Krankenhauszweckverband und wird seither unentgeltlich überlassen. Dies gilt auch für die im Jahr 2010 erworbene Reiser-Klinik im Süden Ingolstadts, die die Klinikum Ingolstadt GmbH nutzt.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt betreibt das Berufsbildungszentrum (BBZ) mit acht staatlich genehmigten und anerkannten Berufsfachschulen mit insgesamt 641 Ausbildungsplätzen, incl. von 78 Plätzen für die Ausbildung zum operationstechnischen Assistenten zur Verfügung.

Der Krankenhauszweckverband vermietet das auf dem Gelände des Klinikums in 2005 errichtete Reha- und Geriatriegebäude mit 68 Betten an das Geriatrie-Zentrum-Neuburg und an das Reha-Zentrum-Ingolstadt.

Das Pflegeheim Anna-Ponschab Haus wurde vom Krankenhauszweckverband und von der Heilig-Geist-Spital-Stiftung in 2013 errichtet. 80 Plätze stehen im Teileigentum der Heilig-Geist-Spital Stiftung für das der Krankenhauszweckverband ein Erbbaurecht gewährte. 100 Plätze stehen im Teileigentum des Krankenhauszweckverbandes. Davon sind 20 Plätze an die Klinikum Ingolstadt GmbH und 80 Plätze an die Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt vermietet.

Die Tochtergesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH betreibt das Klinikum als Krankenhaus der II. Versorgungsstufe mit integrierter psychiatrischer Klinik. Die Bettenkapazität liegt Ende 2022 bei 1.073 Planbetten für vollstationäre Patienten und bei 93 Plätzen für die teilstationäre Behandlung. Ferner betreibt die Klinikum Ingolstadt GmbH eine Einrichtung für betreutes Wohnen in der Beckerstraße. Der Betrieb der Entwöhnungseinrichtung im Anna-Ponschab Haus wurde zum 30. April 2020 eingestellt.

Die Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH, eine 100%-ige Tochtergesellschaft der Klinikum Ingolstadt GmbH betreibt in vom Krankenhauszweckverband Ingolstadt angemieteten Räumen psychiatrische Langzeitpflege sowie Wiedereingliederung. In der Langzeitpflege werden 40 Plätze, davon 20 im beschützenden und 20 im offenen Bereich vorgehalten. Die Psychiatrische Eingliederungshilfe für seelisch kranke Erwachsene nach § SGB XII verfügt ebenfalls über 40 Plätze, davon 22 in Form einer beschützenden, geschlossenen Unterbringung und 18 Plätze mit offener Unterbringung.

Die 2006 von der Klinikum Ingolstadt GmbH gegründete Tochtergesellschaft Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Ingolstadt GmbH betreibt ein MVZ im Sinne § 95 SGB V zur Erbringung vertragsärztlicher und privatärztlicher Leistungen.

Es werden KV-Sitze mit folgenden Fachrichtungen betrieben:

- Chirurgische Praxis	1,0 KV-Sitze
- Gynäkologische Praxis	1,0 KV-Sitze
- Praxis für Neurochirurgie	1,0 KV-Sitze
- Praxis für Neurologie	2,0 KV-Sitze
- Praxis für Orthopädie und Chirotherapie	1,0 KV-Sitze
- Praxis für Anästhesie	2,5 KV-Sitze
- Praxis für Labormedizin	0,5 KV-Sitze

Aufgabe der MVZ GmbH ist neben der Teilnahme an der allgemeinen ambulanten Versorgung die ambulante, prä- und poststationäre Behandlung der Patienten der Klinikum Ingolstadt GmbH sicherzustellen.

Die fachübergreifende Behandlung und die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Fachärzte im MVZ gewährleistet eine optimale Patientenversorgung, insbesondere an der Schnittstelle ambulante / stationäre Versorgung.

Von der anästhesiologischen Praxis werden sowohl Leistungen für das ambulante Operationszentrum der Klinikum Ingolstadt GmbH als auch für externe niedergelassene Ärzte und Praxen erbracht.

Seit April 2013 werden auch betriebsmedizinische Leistungen für das Klinikum und verbundene Unternehmen erbracht.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2022 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis Nr. 20 vom 13.01.2023) um 1,9 % höher als im Vorjahr. Kalenderbereinigt betrug das Wirtschaftswachstum 2,0 %. „Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war im Jahr 2022 geprägt von den Folgen des Kriegs in der Ukraine wie den extremen Energiepreiserhöhungen“, sagte Dr. Ruth Brand, seit 1. Januar 2023 neue Präsidentin des Statistischen Bundesamtes, bei der Pressekonferenz „Bruttoinlandsprodukt 2022“ in Berlin. „Hinzu kamen verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie. Trotz dieser nach wie vor schwierigen Bedingungen konnte sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2022 insgesamt gut behaupten“, so Brand weiter. Im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, war das BIP 2022 um 0,7 % höher.

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung stieg im Jahr 2022 insgesamt um 1,8 % gegenüber dem Jahr 2021. Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich: Einige Dienstleistungsbereiche profitierten nach dem Wegfall nahezu aller Corona-Schutzmaßnahmen von Nachholeffekten.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2022 von durchschnittlich 45,6 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 1,3 % oder 589.000 Personen mehr als im Jahr zuvor und so viele wie noch nie in Deutschland. Der Beschäftigungsaufbau fand 2022 insbesondere bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und in den Dienstleistungsbereichen statt. Im Verarbeitenden Gewerbe stieg die Zahl der Erwerbstätigen 2022 nur leicht und konnte die Beschäftigungsverluste der beiden Vorjahre nicht ausgleichen. Im Baugewerbe gab es trotz Fachkräftemangel erneut einen kleinen Beschäftigungszuwachs.

Das Finanzierungsdefizit des Staates liegt im Jahr 2022 nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis Nr. 71 vom 24.02.2023) bei 101,3 Milliarden Euro. Insgesamt überlagerten die neuen Belastungen durch die Folgen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine die Entlastungen des Staatshaushalts durch die auslaufenden Corona-Maßnahmen. Das Defizit bleibt damit hoch, verringerte sich aber im Vorjahresvergleich um 32,9 Milliarden Euro. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen errechnet sich für 2022 eine Defizitquote von 2,6 %. Damit wäre der zurzeit ausgesetzte Referenzwert des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts von 3 % nach zwei Jahren wieder erreicht worden.

Die Ausgaben des Staates waren im Jahr 2022 stark geprägt durch die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf den weltweiten Energiemarkt. Zwar verzeichneten die Ausgaben für Subventionen einen starken Rückgang (-34,8 %), insbesondere da verschiedene Corona-Maßnahmen wie beispielsweise die Corona-Überbrückungshilfen ausliefen. Infolge der Entlastungspakete als Reaktion auf die gestiegenen Energiepreise stiegen jedoch die laufenden Transfers um 25,4 %. Darunter fallen beispielsweise die Energiepreispauschalen für Beschäftigte sowie Rentnerinnen und Rentner. Zudem stiegen die geleisteten Vermögenstransfers (+34,2 %), unter anderem durch Maßnahmen zur Sicherstellung der Energieversorgung, wie zum Beispiel die Förderung des Aufbaus von Flüssiggasterminals oder die finanzielle Unterstützung von Energiekonzernen.

Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit war 2022 wie bereits im Vorjahr auf das Finanzierungsdefizit des Bundes zurückzuführen. Dieses war im Zusammenhang mit neuen Entlastungspaketen als Reaktion auf die Folgen des Kriegs in der Ukraine und der Energiekrise nur leicht rückläufig. So lag das Finanzierungsdefizit des Bundes 2022 bei 129,2 Milliarden Euro, verringerte sich aber im Vergleich zum Vorjahr um 16,7 Milliarden Euro. Die Finanzierungsüberschüsse der Länder (12,4 Milliarden Euro), der Gemeinden (8,8 Milliarden Euro) und der Sozialversicherungen (6,7 Milliarden Euro) konnten im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg verzeichnen.

Der Veränderungswert nach § 9 Abs. 1b Satz 1 KHEntgG für das Jahr 2022, der maßgeblich für die Budgetsteigerung und als Orientierungsgröße für das Ausbildungsbudget diente, lag bei 2,32 % (Vorjahr 2,53 %).

Lt. DKI Krankenhaus-Index vom 02.03.2023 ist die wirtschaftliche Lage der deutschen Krankenhäuser dramatisch. 71 % der Allgemeinkrankenhäuser bewerten ihre aktuelle wirtschaftliche Situation als schlecht (43 %) oder sehr schlecht (28 %). Nur noch wenige Häuser (3 %) beschreiben sie als gut. Für die Psychiatrien fallen die Ergebnisse etwas besser aus.

Die schlechte wirtschaftliche Lage führt zu massiven Einschränkungen in der Patientenversorgung. 51 % der Allgemeinkrankenhäuser erwarten, ihr Leistungsangebot in den nächsten sechs Monaten reduzieren zu müssen, etwa indem sie Betten sperren oder Stationen vorübergehend schließen. 41 % der Häuser gehen von Einschränkungen beim Leistungsumfang, zum Beispiel durch die Verschiebung planbarer Operationen, und 35 % von Personalreduzierungen aus. Aus Sicht der Krankenhäuser gibt es gleich mehrere Ursachen dafür, die Versorgung einzuschränken. Jeweils rund 80 % der Krankenhäuser nannten nicht refinanzierte Kostensteigerungen etwa bei der Energieversorgung und den Fachkräftemangel als Hauptursachen.

Im Jahr 2021 standen in insgesamt 1.887 Krankenhäusern Deutschlands rund 483.600 Betten für die stationäre Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung (Destatis; Grunddaten der Krankenhäuser vom 05.12.2022). Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der Häuser um 0,8 %, das Bettenangebot nahm um 0,9 % ab. Ein Krankenhausaufenthalt dauerte durchschnittlich 7,2 Tage, die Bettenauslastung stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte auf 68,2 %. Die Zunahme der Bettenauslastung um 0,9 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr ist auf eine vorübergehende Entspannung der Corona-Lage zurückzuführen. Im Vorjahr pandemiebedingt verschobene Operationen und Eingriffe wurden vereinzelt im Jahr 2021 durchgeführt.

Am Stichtag 31.12.2021 wurden in den Krankenhäusern 1,36 Millionen Beschäftigte (ohne Personal der Ausbildungsstätten) gezählt; das sind 21.500 bzw. 1,6 % mehr als im Vorjahr. Im ärztlichen Dienst nahm die Zahl der Beschäftigten gegenüber 2020 um 2.700 Personen (1,4 %) zu, im nichtärztlichen Dienst waren es 18.800 (+1,7 %) Beschäftigte mehr. 15,0% aller Beschäftigten entfielen auf den ärztlichen Dienst.

Die Zahl der vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten nahm im zweiten CORONA-Jahr 2021 nochmals geringfügig (-0,3 %) ab. Zugleich nahm die Zahl der für sie erbrachten Berechnungs- und Belegungstage um rund 219.000 (0,5%) auf 120,4 Mill. im Jahr 2021 zu.

Die durchschnittliche Verweildauer lag wie im Vorjahr bei 7,2 Tagen. In den verschiedenen Fachabteilungen war die durchschnittliche Verweildauer jedoch unterschiedlich lang. Mit durchschnittlich 44,2 Tagen dauerte eine Behandlung in der Fachabteilung Psychosomatik/Psychotherapie am längsten, gefolgt von der Kinder- und Jugendpsychiatrie, in der die Patienten durchschnittlich 32,9 Tage verbrachten. Die Fachabteilungen Augenheilkunde und Kinderchirurgie konnten die Patienten bereits nach durchschnittlich 2,8 Tagen Aufenthalt im Krankenhaus verlassen.

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) veröffentlichte am 10.03.2023 die vorläufigen Finanzergebnisse der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für das Gesamtjahr 2022.

Die Finanzreserven der Krankenkassen betragen Ende Dezember 2022 10,4 Mrd. Euro bzw. rund 0,4 Monatsausgaben und entsprachen damit dem Zweifachen der gesetzlich vorgesehenen Mindestreserve. Der Gesundheitsfonds verbuchte einen Überschuss von rund 4,3 Mrd. Euro. Die Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds betrug zum Stichtag 16. Januar 2023 rund 12,0 Mrd. Euro. Mit dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz ist bereits vorgesehen, dass von den Finanzreserven der Krankenkassen rund 2,5 Mrd. Euro und aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds rund 4,7 Mrd. Euro zur Stabilisierung des durchschnittlichen Zusatzbeitragsatzes im Jahr 2023 herangezogen werden.

Den Einnahmen der gesetzlichen Krankenkassen in Höhe von 289,3 Mrd. Euro standen Ausgaben in Höhe von 288,9 Mrd. Euro gegenüber. Die Ausgaben für Leistungen und Verwaltungskosten verzeichneten bei einem Anstieg der Versichertenzahlen von 0,5 Prozent einen Zuwachs von 4,4 Prozent. Der durchschnittlich von den Krankenkassen erhobene Zusatzbeitragssatz zum Jahresende 2022 lag mit 1,36 Prozent leicht oberhalb des Ende Oktober 2021 für das Jahr 2022 bekannt gegebenen durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes von 1,3 Prozent.

Der Gesundheitsfonds verzeichnete im Jahr 2022 einen Überschuss in Höhe von 4,3 Mrd. Euro. Die Liquiditätsreserve zum 16. Januar 2023 betrug rund 12,0 Mrd. Euro. Diese Entwicklung hängt maßgeblich damit zusammen, dass sich die GKV-Beitragseinnahmen mit einem Zuwachs von 4,4 Prozent deutlich besser entwickelt haben, als in der Prognose des Schätzerkreises von Oktober 2021 erwartet wurde. Durch die vom Gesetzgeber im vergangenen Jahr beschlossene Reduzierung der Obergrenze für die Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds werden ca. 4,7 Mrd. Euro in die Einnahmen des Gesundheitsfonds überführt und für höhere Zuweisungen der Krankenkassen im Jahr 2023 genutzt.

Zur Bewältigung der Corona-Pandemie trug der Bund im Jahr 2022 einen Großteil der Ausgaben für pandemiebedingte Zahlungsverfahren, die aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds vorfinanziert werden. Hierunter fielen insbesondere Aufwendungen für Corona-Testungen und für Impfungen gegen COVID-19 im Rahmen der Coronavirus-Impf- und Testverordnung sowie Ausgleichszahlungen für Krankenhäuser. Insgesamt wurden rund 21,4 Mrd. Euro aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds zur Verfügung gestellt und vom Bund refinanziert.

Die Krankenkassen verzeichneten im vergangenen Jahr 2022 bei einem Versichertenzuwachs von 0,5 Prozentpunkten einen absoluten Zuwachs der Leistungsausgaben und Verwaltungskosten von 4,4 Prozent. Die Leistungsausgaben stiegen dabei um 4,3 Prozent, die Verwaltungskosten um 7,2 Prozent. Der sehr deutliche Anstieg der Verwaltungskosten ist maßgeblich auf die Bildung von hohen Altersrückstellungen einzelner Krankenkassen zurückzuführen, was den Jahresanstieg entsprechend beeinflusst hat.

Auch die Ausgaben für Krankenhausbehandlungen sind mit einem Anstieg von 2,8 Prozent, was einem Plus von rund 2,3 Milliarden Euro entspricht, weniger stark als der Durchschnitt aller Leistungsausgaben gestiegen. Dies dürfte vorrangig auf eine weiterhin stagnierende oder gar rückläufige Mengenentwicklung zurückzuführen sein. Im Jahr 2020 wurden die Pflegepersonalkosten aus den DRG-Pauschalen ausgegliedert. Nach einem Anstieg von 13,9 Prozent im Jahr 2021 verbuchten die Krankenkassen im Jahr 2022 einen weiteren Ausgabenzuwachs von 10,0 Prozent.

Geschäftsverlauf im Konzern

Wesentliche Leistungsdaten	IST 2022	IST 2021
Vollstationäre Patienten	31.720	31.999
Case-Mix-Index	0,913	0,918
Case-Mix-Punkte	28.285	28.601
Teilstationäre Patienten	1.375	1.180
Patienten in der MVZ GmbH	27.043	27.993
Berechnungstage im Alten- und Pflegeheim	28.380	29.134
Auszubildende im Berufsbildungszentrum	478	451
Auslastung in der Klinikum Ingolstadt GmbH, vollstationär in %	71,90	70,10
Auslastung in der Klinikum Ingolstadt GmbH, teilstationär in %	53,60	44,60
Auslastung im Alten- und Pflegeheim in %	91,19	99,77
Operationen, gesamt (ambulant und stationär)	19.919	20.144

Beim Krankenhauszweckverband waren im Jahr 2022 von 641 Ausbildungsplätzen 478 (Vorjahr 451) besetzt. Die meisten freien Plätze befanden sich in der Berufsfachschule für Krankenpflege (98), da insbesondere der geplante Ausbildungsgang zum 1. April 2020 nicht umgesetzt werden konnte.

Der Bundesgesetzgeber hat ein neues ATA/OTA-Gesetz beschlossen, das mit dem 01.01.2022 in Kraft getreten ist. Mit der Satzungsänderung der Schulsatzung des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt stehen ab dem Schuljahr 2022/2023 für die Ausbildung gemäß bundeseinheitlicher Regelung nach dem ATA/OTA-Gesetz pro dreijährigem Ausbildungsgang 26 besetzbare Plätze zur Verfügung. Die neue ATA/OTA-Ausbildung hat im September 2022 mit 11 Auszubildenden begonnen.

Im Oktober 2021 startete letztmalig die Ausbildung nach DKG Richtlinien mit jeweils 10 Ausbildungsplätzen. Durch Kooperationspartner, die die Schüler in den theoretischen Unterricht schicken, können Kostendeckungsbeiträge generiert werden. So kooperieren wir aktuell mit der AMEOS Klinik St. Elisabeth Neuburg a. d. Donau, der Klinik Kösching und der Klinik Eichstätt.

In der Hebammenschule konnten durch die Akademisierung der Ausbildung lediglich bis zum Ausbildungsbeginn 2022 Schülerinnen aufgenommen werden. Die theoretische Ausbildung wird dann in der Hochschule stattfinden, die Praxisinhalte werden in kooperierenden Kliniken vermittelt. Der Schulbetrieb in dieser Fachschaft endet am 30.09.2025.

Auch mit In-Kraft-Treten des neuen Pflegeberufgesetzes, das erstmals im Schuljahr 2020/21 umgesetzt wurde, werden die bestehenden Kooperationen mit den Kliniken Eichstätt und Kösching fortgesetzt. Diese finden, wie auch bei den weiteren Kooperationspartnern, Klinikum Ingolstadt GmbH, Diakonisches Werk Ingolstadt, Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH, Heilig-Geist-Spitalstiftung, Ambulanter Pflegedienst Ingolstadt GmbH, Privater sozialer Pflegedienst Ponzer, Alloheim Senioren-Residenzen Vierte SE & Co. KG, im Rahmen eines Ausbildungsverbundes statt. Dazu wurde ein entsprechender Kooperationsvertrag geschlossen, der zum Schuljahr 2020/2021 in Kraft getreten ist.

Ebenso wird die Kooperation bei der Ausbildung von Pflegefach Helfern mit den Kliniken Eichstätt, Kösching und Kipfenberg weitergeführt. Bei den Kooperationen werden die Auszubildenden für den theoretischen und praktischen Unterricht an unseren Schulen unterrichtet, die praktische Ausbildung wird in den jeweiligen Krankenhäusern absolviert.

Das Berufsbildungszentrum Gesundheit des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt nimmt bereits seit dem Schuljahr 2016/17 an einem Schulversuch mit einer Klasse für Asylbewerber und Flüchtlinge teil. Von den jeweils 20 Schülerinnen und Schülern, die am diesjährigen Schuljahresanfang gestartet sind (von ca. 30 Bewerbungen), sind derzeit noch 13 in der Klasse. Aufgrund seiner Geeignetheit und seiner erbrachten Leistungen konnte ein Schüler der Pflegehelfervorklasse direkt in die Ausbildung zum Pflegefachhelfer an der Berufsfachschule für Krankenpflegehilfe zum 1. April 2023 einsteigen. Weitere drei bis vier Schüler sind für den Ausbildungsstart zum Pflegefachhelfer im September 2023 vorgesehen.

Für das Schuljahr 2023/24 wurde die Fortsetzung des Schulversuchs mit Bescheid der Regierung von Oberbayern vom 14.03.2023 genehmigt. Dazu liegen bereits vereinzelt Bewerbungen von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Personen mit Migrationshintergrund vor, die eine pflegerische Ausbildung beginnen möchten.

Die Vermietungen konnten unverändert vollumfänglich fortgeführt werden.

Im Geschäftsjahr 2022 konnte ein Jahresüberschuss von 0,4 Mio. EUR erzielt werden. Im Gegensatz zur Planung fallen insbesondere zinssatzbedingt niedrigere Lasten für die Dotierung der Pensionsrückstellungen (0,1 Mio. EUR) und ungeplante Nachzahlungen für Lehrpersonal (0,3 Mio. EUR) an.

In die Ausstattung des medizinischen Schulzentrums wurden 0,5 Mio. EUR investiert; 0,2 Mio. EUR mehr als erwartet. Die geplanten baulichen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen von 0,8 Mio. EUR wurden nicht umgesetzt.

Im Klinikum Ingolstadt konnten im Vergleich zum Vorjahr die Fallzahlen knapp gehalten werden. Sie liegen jedoch weiter um gut 15 % unter den Werten aus 2019 (vor Corona).

Statt der geplanten 39.089 Fälle beschränkte sich das stationäre Patientenaufkommen auf 33.096 Fälle. In der Somatik wurde mit einem 13,4 % unter Plan liegenden Fallaufkommen von 28.723 vollstationären Patienten ein um rund 13,4 % unter Plan liegendes Case-Mix Volumen von 28.285 Punkten erzielt. Der

CMI von 0,913 unterschreitet den Planwert (0,931) um 1,9 %. In der Psychiatrie liegt das Fallaufkommen von 2.998 vollstationären Patienten um 19,2 % unter Plan. Auch die 92.288 Bewertungsrelationen unterschreiten den Planansatz um rund 7,7 %.

Der Jahresverlust konnte in 2022 auf 9,3 Mio. EUR begrenzt werden. Der geplante Verlust von 12,9 Mio. EUR wurde um 3,6 Mio. EUR unterschritten.

Dies beruht darauf, dass die geplanten Instandhaltungsmaßnahmen von 11,4 Mio. EUR in Höhe von 6,0 Mio. EUR pandemiebedingt nicht umgesetzt wurden. Unter Eliminierung dieses Effektes fällt das Jahresergebnis um 2,4 Mio. EUR schlechter aus als geplant. Mit den coronabezogenen Ausgleichs- und Erstattungsleistungen von 20,2 Mio. EUR incl. öffentlicher Zuschüsse konnten das fallbedingte niedrigere Leistungsvolumen und die über Plan liegenden Sach- und Personalaufwendungen nicht gedeckt werden.

Im Vorjahr belief sich der Jahresfehlbetrag noch auf 4,2 Mio. EUR. Das Ergebnis 2022 sank gegenüber dem Vorjahr um 5,2 Mio. EUR. Dem Anstieg der Betriebserträge um 15,0 Mio. EUR steht ein Anstieg der Aufwendungen um 17,0 Mio. EUR gegenüber, der insbesondere die Personalkosten, den medizinischen Sachbedarf und bezogene Leistungen betrifft. Der über den Erlösen liegende Kostenanstieg von 2,0 Mio. EUR führt zu einem negativen Betriebsergebnis von 8,2 Mio. EUR.

Im Geschäftsjahr sind per saldo belastende negative Sondereffekte von 1,1 Mio. EUR zu verzeichnen, während das Vorjahresergebnis insbesondere durch positive periodenfremde Erlöse mit 2,0 Mio. EUR begünstigt war. In 2022 fielen periodenfremde Erlöse 0,7 Mio. EUR aus Nachvergütungen für Vorjahre sowie Erträge aus Rückstellungsaufhebungen von 0,5 Mio. EUR an. Diesen stehen Zinsaufwendungen für die Pensions- und Beihilferückstellungen (0,3 Mio. EUR) und den Aufstockungsbeträgen für Alterszeit (0,3 Mio. EUR) und den periodenfremden Aufwendungen (1,7 Mio. EUR), die insbesondere Rechnungskorrekturen für Vorjahre betreffen, gegenüber.

In der Alten- und Pflegeheim GmbH ging die Gesamtauslastung im Geschäftsjahr 2022 leicht auf 97,2 % (Vorjahr 99,8 %) zurück. Damit waren durchschnittlich 77,8 Plätze belegt.

Im Bereich der Psychiatrischen Langzeitpflege war ein Rückgang der Auslastung um 4,7 %-Punkte auf 94,8 % zu verzeichnen.

Im Wiedereingliederungsbereich für Menschen mit Behinderung konnte die Vollausslastung nahezu gehalten werden (99,6 %).

Der auf Grund der rückläufigen Auslastung zu verzeichnende Rückgang der Belegungstage beruht darauf, dass der erforderliche Personaleinsatz nicht verfügbar war.

Im Geschäftsjahr 2022 konnte die geplante Auslastung von 98 % nahezu erreicht werden. Leicht unter Plan liegende Erträge von 4,5 Mio. EUR gehen mit niedrigeren Personalaufwendungen von 2,8 Mio. EUR einher, sodass das geplante ausgeglichene Ergebnis erreicht werden konnte.

Auch im Medizinischen Versorgungszentrum Klinikum Ingolstadt GmbH stand das Geschäftsjahr 2022 unter dem Eindruck und den Auswirkungen der SARS-CoV-2 Pandemie.

Das Ergebnis konnte in 2022 nicht auf Vorjahresniveau gehalten werden, da durch mehrere Einflussfaktoren, sowohl im Erlös- als auch im Kostenbereich negative Veränderungen eingetreten sind.

In einigen Fachbereichen konnten die Patientenzahlen (-452 Fälle GKV, - 246 Fälle PKV) nicht gehalten werden. Gründe sind u. a. einige längere Abwesenheiten im ärztlichen Bereich bedingt durch Krankheiten bzw. Elternzeiten. Über alle medizinischen Fachbereiche gingen die Patienten (GKV, PKV, BG und IGeL) kumuliert um 3,3% auf 27.043 Patienten zurück.

Gleichzeitig stieg der Betriebsaufwand 0,3 Mio. EUR, was zu einem entsprechenden Gewinnrückgang auf 0,1 Mio. EUR führte.

Ertragslage

Die **Umsatzerlöse** (einschließlich der Bestandveränderung) sind gegenüber dem Vorjahr um 9,3 Mio. EUR (+3,8 %) auf 256,1 Mio. EUR angestiegen.

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen stiegen dabei um 11,2 Mio. EUR auf 230,9 Mio. EUR. Der Anstieg im Vorjahresvergleich resultiert neben höherem Landesbasisfallwert aus dem höheren Pflegebudget und aus höheren Ausgleichszahlungen, die gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Mio. EUR auf 15,9 Mio. EUR gestiegen sind.

Auch das enthaltene empfangene Ausbildungsbudget erhöhte sich auf Grund der Vereinbarung mit den Kostenträgern und der Umstellung der Finanzierung im Bereich der Pflegeausbildung um 0,2 Mio. EUR auf 11,7 Mio. EUR.

Die Erlöse aus Pflegeleistungen sind belegungsbedingt um TEUR 77 auf 4,3 Mio. EUR zurückgegangen.

Die Praxiseinnahmen im Medizinischen Versorgungszentrum sind aufgrund der höheren Vergütung um 4 TEUR auf 2,5 Mio. EUR gestiegen.

Die sonstigen Umsatzerlöse von 18,2 Mio. EUR liegen um 1,9 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Die periodenfremden Erlöse von 1,0 Mio. EUR liegen um 2,4 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Im Vorjahr waren noch Ausgleichs für das Vorjahres-Pflegebudget von 1,9 Mio. EUR enthalten.

Die **Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand** sind mit 7,8 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 Mio. EUR gestiegen. Im Rahmen der öffentlichen Zuwendungen und Zuschüsse konnten für die Zusatzbelastungen der Pandemie 4,4 Mio. EUR (Vorjahr 2,3 Mio. EUR) erwirkt werden. Insbesondere wurden 1,5 Mio. EUR für Pflegeboni und 2,3 Mio. EUR für Corona-Testungen der Mitarbeitenden vereinnahmt. Aufgrund der seit September 2020 veränderten Finanzierung der Krankenpflegeausbildung sind um 0,5 Mio. EUR höhere Zuwendungen aus dem Pflegeausbildungsfonds von 1,3 Mio. EUR zu verzeichnen.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** fallen mit 34,7 Mio. EUR um 5,9 Mio. EUR höher aus als im Vorjahr.

Die enthaltenen Erträge aus der Fördermittelvereinnahmung und Auflösung sind mit 27,1 Mio. EUR um 5,3 Mio. EUR höher als im Vorjahr. Die übrigen betrieblichen Erträge sind im Vorjahresvergleich um 0,6 Mio. EUR auf 7,5 Mio. EUR gestiegen. Sie enthalten wie im Vorjahr Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von 0,5 Mio. EUR. Die Erstattungen für Mutterschutz und Beschäftigungsverbote liegen auf Grund der Auswirkungen der Corona-Pandemie mit 2,9 Mio. EUR um 0,3 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert.

Der Anstieg der Personalkostenerstattungen um 1,0 Mio. EUR betrifft den Ersatz von Mehrkosten des TVöD durch die Stadt Ingolstadt und Verdienstausfallentschädigungen (Quarantäneerstattungen) durch die Regierung von Oberbayern. Zur Finanzierung der Professuren an der technischen Hochschule erstattete der Krankenhauszweckverband Ingolstadt 0,4 Mio. EUR.

Der **Materialaufwand und die bezogenen Leistungen** sind um 5,1 Mio. EUR auf 60,1 Mio. EUR angewachsen. Der medizinische Sachbedarf stieg im Vorjahresvergleich um 3,0 Mio. EUR auf 43,7 Mio. EUR.

Die bezogenen medizinischen Leistungen liegen mit 4,4 Mio. EUR mit 0,2 Mio. EUR über dem Vorjahr, da Laborleistungen in höherem Umfang bezogen wurden.

Die Kostenentwicklung für die Leistungen von Leiharbeitnehmern und Beleghebammen ist mit 1,8 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr (0,3 Mio. EUR) stark angestiegen. Der größte Anteil davon lag in 2022 im pflegerischen Dienst bei 1,6 Mio. EUR. Die Beleghebammen folgen mit 0,2 Mio. EUR, der ärztliche Dienst mit 0,02 Mio. EUR und der Wirtschafts- und Versorgungsdienst mit 0,008 Mio. EUR. In Vollkräften beträgt die Anzahl aller Leiharbeitnehmer ohne Beleghebammen 12 VK.

Die Lebensmittelkosten (2,6 Mio. EUR; Vorjahr 2,3 Mio. EUR) liegen insbesondere auch inflationsbedingt über dem Vorjahr.

Der **Personalaufwand** ist um 10,4 Mio. EUR auf 190,2 Mio. EUR angestiegen. Dieser Anstieg beruht auf der gestiegenen Vollkraftzahl und den tariflichen Entgelterhöhungen.

Der Personaleinsatz stieg bei den im Konzernabschluss berücksichtigten Unternehmen um 55,9 Vollkräfte auf 2.452,1 Vollkräfte, wobei im Bereich des ärztlichen und des Pflege-Dienstes eine Erhöhung von 46,5 VK umgesetzt werden konnte.

Personalentwicklung im Konzern	2022	2021	Veränderung	
	Vollkräfte	Vollkräfte	Vollkräfte	%
Ärzte	372,9	372,5	0,4	0,10
Pflegedienst	920,0	873,8	46,1	5,28
Medizinisch-technische Assistenten	289,9	283,6	6,3	2,22
Funktionsdienst	271,4	273,7	-2,3	0,85
Klinisches Hauspersonal	104,0	108,0	-4,0	3,74
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	158,0	157,7	0,3	0,18
Technischer Dienst	57,9	57,0	0,9	1,62
Verwaltungsdienste	173,7	166,3	7,5	4,48
Lehrkräfte in den Ausbildungsstätten	46,9	47,7	-0,8	1,72
Sonderdienste	12,9	13,4	-0,5	3,81
Sonstige	44,6	42,5	2,1	5,04
durchschnittlicher Personalstand	2.452,1	2.396,2	55,9	2,3

Gesetzliche Vorgaben und die Sicherstellung der Versorgungsbereitschaft wirken sich weiterhin personalsteigernd aus. Ziel bleibt weiterhin eine bedarfsgerechte quantitative personelle Ausstattung aller Bereiche unseres Klinikums.

Die **Abschreibungen** auf das Anlagevermögen sind im Vorjahresvergleich um 0,6 Mio. EUR auf 17,7 Mio. EUR gestiegen. Die Abschreibungen für geförderte Investitionen liegen dabei wie im Vorjahr bei 12,8 Mio. EUR. Die auf eigenfinanzierte Investitionen entfallenden Abschreibungen sind um 0,6 Mio. EUR auf 4,9 Mio. EUR gestiegen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** wuchsen um 7,9 Mio. EUR auf 39,4 Mio. EUR an.

Die enthaltenen Aufwendungen für die Einstellung der vereinnahmten Fördermittel in den Sonderposten bzw. Verbindlichkeiten sind um 5,3 Mio. EUR auf 14,3 Mio. EUR angewachsen.

Die übrigen Aufwendungen sind um 2,6 Mio. EUR auf 25,2 Mio. EUR angewachsen.

Der Anstieg betrifft mit 1,2 Mio. EUR die periodenfremden Aufwendungen von 1,7 Mio. EUR, die im Wesentlichen Erlöskürzungen für Vorjahre und Nachzahlungen im Personalkostenbereich betreffen. Dagegen konnten in 2022 die Aufstockungsbeträge für Altersteilzeit von 0,1 Mio. EUR auf 0,3 Mio. EUR reduziert werden. Unter Eliminierung dieser Sondereffekte liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Geschäftsjahres mit 26,6 Mio. EUR um 1,5 Mio. EUR über dem Vorjahr.

Die Aufwendungen für Instandhaltung (5,4 Mio. EUR) liegen auf Vorjahresniveau.

Die Kosten für Wartung technischer Anlagen und medizinischen Geräte (3,7 Mio. EUR) liegen um 0,5 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

Die Aufwendungen für EDV-Leistungen und insbesondere für Wartung und Pflege von Hard- und Software sind insgesamt um 0,1 Mio. EUR auf 3,8 Mio. EUR angewachsen.

Wegen des Anstiegs der Haftpflichtprämien sind die Kosten für Versicherungen um 0,2 Mio. EUR auf 2,5 Mio. EUR gestiegen.

Die Verwaltungsaufwendungen betragen 1,8 Mio. EUR (Vorjahr 1,7 Mio. EUR). Insbesondere die Telefonkosten sowie die Kosten für Büromaterial und Öffentlichkeitsarbeit sind gestiegen.

Die **Zinsbelastung** nach Abzug der Zinserträge sank in 2022 um EUR 0,8 Mio. EUR auf 1,0 Mio. EUR reduziert werden aufgrund der zinssatzbedingt niedrigeren Aufzinsung der Rückstellung für Pensionen und Beihilfen.

Im Geschäftsjahr 2022 ist ein **Konzernjahresfehlbetrag** von 8,8 Mio. EUR zu verzeichnen. Damit ist das Ergebnis um 4,1 Mio. € besser als der geplante Jahresfehlbetrag 2022 von 12,9 Mio.€ (Vorjahresplanwert Jahresfehlbetrag 7,8 Mio.€). Das Ergebnis verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 Mio. EUR. Während im Vorjahr noch positive Sondereffekte von 1,5 Mio. EUR zu verzeichnen waren, ist das Ergebnis in 2022 durch negative Sondereffekte von 1,3 Mio. EUR belastet. Das Betriebsergebnis verschlechterte sich um 2,6 Mio. EUR. Der über dem Erlöszuwachs liegende Kostenanstieg, insbesondere bei Personal und medizinischem Sachbedarf, führte zu einem negativen Betriebsergebnis von 8,8 Mio. EUR, das sich gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Mio. EUR verschlechterte.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme ist im Geschäftsjahr um 10,9 Mio. EUR (+ 3,5 %) auf 321,1 Mio. EUR gestiegen.

Das langfristige Anlagevermögen mit einem Anteil von rund 71,1 % an der Bilanzsumme stieg dabei um 7,0 Mio. EUR auf 228,4 Mio. EUR. Den Investitionen von 24,7 Mio. EUR stehen Abschreibungen von 17,7 Mio. EUR gegenüber. Die Investitionen betreffen mit 10,1 Mio. EUR die Generalsanierung und mit 5,5 Mio. EUR eigenfinanzierte Maßnahmen wie den Modulbau für Ersatzstationen (3,3 Mio. EUR). In die Ausstattung der Klinik wurden 8,1 Mio. investiert. Zudem wurden 0,5 Mio. EUR in die Einrichtung und Ausstattung des Berufsbildungszentrums investiert.

Beim kurzfristigen Vermögen ist eine Abnahme um 4,0 Mio. EUR auf 92,6 Mio. EUR zu verzeichnen. Die Betriebsmittellagerbestände sind um 0,4 Mio. EUR auf 4,8 Mio. EUR zurückgegangen. Die noch nicht abgerechneten, abgegrenzten Leistungen sind um 0,9 Mio. EUR auf 5,9 Mio. EUR angewachsen. Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht sind um 8,1 Mio. EUR auf 27,4 Mio. EUR gestiegen. Die Außenstände hinsichtlich des Ausbildungsbudgets stiegen um 2,8 Mio. EUR auf 7,7 Mio. EUR. Auch die ausstehenden Fördermittel für große Baumaßnahmen stiegen um 3,0 Mio. EUR auf 5,3 Mio. EUR. Die Budgetforderungen nach dem Pflegesatzrecht sind ebenfalls um 6,4 Mio. EUR auf 13,6 Mio. EUR angewachsen. Die noch nicht gewährten Covid-19 Ausgleichsleistungen sind um 4,2 Mio. EUR auf 0,8 Mio. EUR gesunken.

Die übrigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände gingen um 2,3 Mio. EUR auf 52,2 Mio. EUR zurück. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich um 2,8 Mio. EUR auf 49,7 Mio. EUR reduziert. Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen wurden um 0,7 Mio. EUR auf 0,9 Mio. EUR abgebaut. Die sonstigen Vermögensgegenstände (Forderungen aus dem Personalbereich) wuchsen um 0,5 Mio. EUR auf 1,0 Mio. EUR.

Zur Finanzierung dieser Außenstände wurden die Geldanlagen um 0,4 Mio. EUR gänzlich reduziert. Darüber hinaus mussten die liquiden Mittel um 1,7 Mio. EUR auf 0,9 Mio. EUR abgebaut werden. Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten ging um 0,1 Mio. EUR auf 1,3 Mio. EUR zurück.

Das bilanzielle Eigenkapital ist infolge des Konzernjahresfehlbetrags um 8,8 Mio. EUR auf 77,1 Mio. EUR zurückgegangen.

Der Sonderposten für Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens, der Eigenkapitalcharakter hat, stieg um 2,3 Mio. EUR auf 141,2 Mio. EUR an.

Den Fördermittelzugängen von 15,2 Mio. EUR steht die ertragswirksame, die Abschreibungen der geförderten Anlagen kompensierende, Auflösung der Zuwendungen von 12,9 Mio. EUR gegenüber.

Die Eigenmittel belaufen sich unter Einbeziehung des Sonderpostens auf nunmehr 218,3 Mio. EUR und finanzieren damit 68,0 % des Gesamtvermögens.

Die Rückstellungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Mio. EUR auf 48,5 Mio. EUR gestiegen. Die Pensions- und Beihilferückstellungen sind infolge der Aufzinsung um 0,5 Mio. EUR auf 20,0 Mio. EUR angewachsen. Die Rückstellungen für übrige Personalverpflichtungen (15,6 Mio. EUR; Vorjahr 14,3 Mio. EUR) betreffen die Urlaubs- und Zeitguthaben, Altersteilzeitverpflichtungen sowie die erfolgsabhängigen Vergütungen. Die Rückstellungen für Erlösberichtigungen mussten um 1,2 Mio. EUR auf 7,0 Mio. EUR erhöht werden. Der Rückstellungsbedarf für Corona und Entgeltausgleiche konnte um 0,5 Mio. EUR auf 3,9 Mio. EUR reduziert werden. Der übrige Rückstellungsbedarf liegt mit 2,0 Mio. EUR auf Vorjahresniveau.

Die Kreditmittelinanspruchnahme stieg um 9,2 Mio. EUR auf 36,0 Mio. EUR.

Kreditmitteltilgungen erfolgten in Höhe von 0,5 Mio. EUR beim Zweckverband Müllverwertungsanlage Ingolstadt (auf 5,9 Mio. EUR) und von 0,3 Mio. EUR bei Banken (auf 12,3 Mio. EUR) sowie von 0,1 Mio. EUR bei der nicht konsolidierten Beteiligungsgesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH (auf 0,2 Mio. EUR).

Zur Deckung erfolgte eine Aufstockung der Mittelinanspruchnahme bei der Stadt Ingolstadt um 10,0 Mio. auf 17,6 Mio. EUR.

Der Betrag der für die Generalsanierung angesparten Fördermittel stieg in 2022 um 1,8 Mio. EUR auf nunmehr 3,0 Mio. EUR.

Die Anzahlungen betreffen vereinnahmte Zahlungen der Kostenträger für noch abzurechnende Leistungen; sie stiegen um 1,1 Mio. EUR auf 3,1 Mio. EUR an.

Die noch abzuführenden Steuern sind um 0,2 Mio. EUR auf 1,9 Mio. EUR gestiegen.

Die übrigen Verbindlichkeiten sind mit 9,7 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr stichtagsbezogen um 2,7 Mio. EUR gestiegen. Sie betreffen insbesondere Lieferungen und Leistungen.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten blieb mit 0,6 Mio. EUR nahezu unverändert.

Finanzierung

Insgesamt ergab sich ein Mittelbedarf von 11,4 Mio. EUR, davon 10,9 Mio. EUR für Investitionen. Zur Deckung mussten die liquiden Mittel und Geldanlagen um 2,2 Mio. EUR auf 0,9 Mio. EUR abgebaut und die Kreditmittelinanspruchnahme um 9,2 Mio. EUR auf 36,1 Mio. EUR erhöht werden.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Als Dienstleister im Gesundheitswesen betrachten wir die Gefährdung von Leben und Gesundheit unserer Patienten und Mitarbeiter stets als größtes Risiko.

Wir sind der Meinung, dass Risikomanagement und Qualitätsmanagement Hand in Hand gehen und untrennbar miteinander verknüpft sind. Unser Ziel ist es, exzellente medizinische Versorgung für jeden Patienten und zu jeder Zeit zu gewährleisten.

Unsere Klinik hat sich deshalb hohe Qualitätsziele gesetzt und monitort diese regelmäßig. Indem wir kontinuierlich daran arbeiten, die von uns gesetzten Qualitätsziele zu erreichen und zu verbessern, minimieren wir gleichzeitig unsere medizinischen und pflegerischen sowie die unternehmerischen Risiken.

Alle Abteilungen sind aufgefordert, jährlich unsere Grundsätze zur Einhaltung von Vorgaben in den Bereichen Compliance und Finanzberichterstattung im Rahmen der Risikoinventur anhand der aktuellen Risikolage zu überprüfen und ggf. zu ergänzen. Dabei werden die detektierten Risiken nach Eintrittswahrscheinlichkeit und nach möglichen finanziellen Auswirkungen bewertet. Im Rahmen des klinischen Risikomanagements wurde als Grundlage der Verfahrensweisung eine Prozesslandkarte erstellt. Unser Verhaltenskodex wird durch Unternehmensrichtlinien und Dienststanweisungen in unserem Intranet konkretisiert.

Die Geschäftsführung wird durch kontinuierliche Berichterstattung mit differenzierter Periodizität über die Entwicklung ausgewählter wichtiger Geschäftsdaten informiert. Systemtechnische und manuelle Kontrollmechanismen sind etabliert. Durch das Zusammenwirken differenzierter Berechtigungskonzepte, Zugangsbeschränkungen und Freigabemechanismen schützen wir unsere IT-gestützten Prozesse in festgelegter Weise.

Um bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkennen zu können, werden u.a. die Entwicklung der DRG-Fälle, der Casemixpunkte, der Berechnungstage, der Qualitätsindikatoren, der offenen Posten, der Belegung, der Erlöse und der Liquidität als Frühwarnsignale aufbereitet.

Zur Unterstützung der Geschäftsführung ist zudem unsere Interne Revision als unabhängige Instanz mit übergreifenden Überwachungsfunktionen eingerichtet. Ab November 2022 wurde diese Aufgabe an eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft fremdvergeben.

Daneben werden monatlich die Ansätze des Wirtschaftsplans gezielt und fortlaufend überwacht und Abweichungsanalysen durchgeführt.

Die verantwortlichen Führungskräfte werden im laufenden Dialog rechtzeitig und regelmäßig umfassend informiert und dabei insbesondere auf Steuerungs- und Optimierungspotentiale bzw. deren Umsetzungsnotwendigen verbindlich hingewiesen.

Besondere Risiken aus schwebenden Geschäften sind mit Ausnahme von Rechtsstreitigkeiten nicht vorhanden.

Insbesondere nachstehende Risikofelder haben Einfluss auf die Geschäftsentwicklung sowie die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die Risiken sind entsprechend ihrer Bedeutung für das Klinikum Ingolstadt absteigend aufgeführt:

Gesamtwirtschaftliche und gesetzgeberische Risiken und Chancen

Der Mangel an qualifiziertem Personal ist zusätzlich eine der größten Herausforderungen im deutschen Gesundheitswesen. Insbesondere der Pflegekräftemangel stellt für das Klinikum Ingolstadt ein zunehmendes Risiko dar. Zum reinen quantitativen Mangel stellt zudem die aktuell beschlossene Umgestaltung der Ausbildung in den Pflegeberufen (Generalistik) ein zusätzliches, noch nicht abschätzbares Risiko dar. Durch die Einführung der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) sind Krankenhäuser zusätzlich in der Pflicht, in pflegesensitiven Bereichen eingesetztes Personal sowie die entsprechende Belegung der Stationen zu dokumentieren und an das InEK zu melden. Auf Grund der anhaltenden Fallrückgänge stellt die Sicherung der Liquidität ein weiteres zentrales Thema dar. Zudem hat die Corona-Pandemie aufgezeigt, dass auch die Sicherstellung von ausreichenden Beständen an med. Sachbedarf, Medikamenten und Schutzausrüstung immer mehr in den Focus gerückt ist.

Die seit 40 Jahren bestehende bauliche Infrastruktur des Klinikums führt zu einer stetigen Zunahme der Instandhaltungskosten. Die begonnene Generalsanierung wird sich noch über viele Jahre erstrecken, die nach und nach sanierten Bereiche werden in Zukunft sukzessive den Anstieg der Instandhaltungskosten bremsen. In 2022 ist die Fortsetzung der im Jahr 2019 unterbrochenen Generalsanierung erfolgt, da die neue Zielplanung incl. der Bettenbedarfsfeststellung erstellt worden ist. Nach Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium und der Regierung von Oberbayern wird ein Teilersatzneubau umgesetzt. Mit den Steuerungsmaßnahmen Fallmanagement, Aufnahme- und Entlassungsmanagement, Verlegungsmanagement in die Rehabilitation und die Anschlussheilbehandlung nutzen wir die Möglichkeiten zur vertikalen und horizontalen Steuerung unserer Patienten um eine effiziente und sektorübergreifende Versorgung sicherzustellen. Eine noch weitere Verzahnung mit den Einrichtungen der Rehabilitation soll uns hier zusätzliche Sicherheit geben. Dazu sollen uns auch die geplanten Investitionen unterstützen, die im Rahmen des Krankenhauszukunftsgesetzes gefördert werden.

Seit Januar 2020 hat sich in Deutschland überregional das sogenannte SARS-CoV-2-Virus ausgebreitet. Als Schwerpunktversorger im Raum Ingolstadt obliegt dem Klinikum Ingolstadt hier eine besondere Verantwortung. Vor diesem Hintergrund werden seit Mitte März 2020 elektive Patientenbehandlungen weitgehend auf einen späteren Zeitpunkt verschoben und die freigehaltenen Kapazitäten in der akuten Versorgung sowie Intensivkapazitäten jeweils für die Behandlung von Corona-Patienten eingesetzt. Zusätzlich sind die Themen IT-Sicherheit und Verfügbarkeit und Energieversorgung von zentraler Bedeutung.

Markt- und Absatz

Auf Grund der Krankenhausplanung auf Landesebene verfügen alle Plankrankenhäuser faktisch über einen staatlich regulierten Gebietsschutz, der einem, wenn auch stark reglementierten Markt und Wettbewerb ausgesetzt ist. Klassische Markt- und Absatzrisiken sind die Folge. Durch die Anpassung unserer Unternehmensstrategie, des Leistungsportfolios und des Fachrichtungsangebots begegnen wir diesen Risiken erfolgreich.

MD-Prüfungen zielen wie auch in den Vorjahren weiterhin unvermindert auf die Kürzung von Rechnungsbeträgen, insbesondere bei komplexen Fällen. Strukturprüfungen bis hin zur Prüfung der Qualifikation von einzelnen Mitarbeitenden haben zugenommen. Nur bei exakter und vollständiger Dokumentation aller erbrachten Leistungen wird die Krankenhausrechnung akzeptiert und vollständig vergütet. Für die Klinikum Ingolstadt GmbH wird die Stabilisierung vorhandener und die Entwicklung weiterer Schwerpunktversorgungen durch Medizinische Zentren in der Therapie und Diagnostik weiter fortgesetzt. Der Ausbau der ambulanten Versorgung wird durch unsere MVZ GmbH auf dem Gelände des Krankenhauses erbracht. Die Notfallversorgung stellt eine permanente Herausforderung dar. Zudem hat sich die Schließung von geburtshilflichen Einrichtungen im regionalen Umfeld als Herausforderung für die Klinik ausgewirkt. Die zur Verfügung stehenden Bettenkapazitäten wurden somit bis an die Belastbarkeitsgrenze hin ausgelastet.

Im Jahr 2022 waren pandemiebedingt und auf Grund von Personalmangel sowie notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen weiterhin Fallrückgänge zu verzeichnen.

Des Weiteren waren Fallverluste auf Grund von veränderten Verhaltensweisen der Patienten wahrzunehmen.

Im Jahr 2023 rechnen wir wegen der Anpassung des Katalogs für ambulante Operationen mit weiteren Rückgängen bei leichten chirurgischen Eingriffen / bei interventioneller Diagnostik und Therapie. Diese Rückgänge sollten durch den Ausbau von Schwerpunkten wie der Alterstraumatologie, der Pneumologie, der Thoraxchirurgie, dem Weaning, der Plastischen Chirurgie und durch hochkomplexe, onkologisch-chirurgische Eingriffe kompensiert werden.

Auf Grund der staatlichen Schulplanung verfügen alle Berufsfachschulen faktisch über einen staatlich regulierten Gebietsschutz. Gemäß § 2 Abs. 1a) Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sind im Krankenhausplan des Freistaats Bayern die Berufsfachschulen des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt explizit aufgeführt. Klassische Markt- und Absatzrisiken bestehen deshalb nicht, außer bei den Vermietungen, die aber im Wesentlichen an Kooperationspartner erfolgen. Dennoch ergeben sich Veränderungen im Markt. Der Rückgang der Bewerberzahlen und das Absinken der Qualifikation der Bewerber bewirkt, dass immer weniger Schüler ihre Ausbildung erfolgreich abschließen. Dadurch entstehen höhere Kosten pro Ausbildungsplatz, die nicht finanziert sind. Die pauschale Vergütung der Generalistik erfordert zudem eine Anpassung der Kostenstruktur an die erhaltene Vergütung.

Um diesen Veränderungen entgegen zu wirken, bietet das Berufsbildungszentrum u. a. neben der 3-jährigen Ausbildung zum Ergotherapeuten (w/m/d) seit dem Schuljahr 2020/21 in Zusammenarbeit mit der HSD Hochschule Döpfer Schülern der Ergotherapieschule, die die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife besitzen, die Möglichkeit, zusätzlich einen Bachelor of Science (B.Sc.) in Ergotherapie zu erwerben.

Die gemeinsame Ausbildung für Altenpflege, Krankenpflege und Kinderkrankenpflege als Maßnahme zur Nachwuchssicherung hat im September 2020 begonnen.

Das Hebammengesetz, das am 1. Januar 2020 in Kraft trat, sieht vor, dass künftig alle Ausbildungen nur an Hochschulen stattfinden können. Das BBZ wird folglich letztmals zum Schuljahr 2022/2023 Schülerinnen für die berufliche Ausbildung aufnehmen können.

Die Berufsfachschule für Physiotherapie in Ingolstadt ist seit Ende 2016 Kooperationspartner der Technischen Hochschule Deggendorf (THD) und der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg (OTH). Ebenso besteht mit der Regensburger Hochschule eine Kooperation der BFS für Logopädie. Gegenstand der Kooperation sind die Bachelorstudiengänge „Angewandte Gesundheitswissenschaften“/Physiotherapie bzw. Logopädie dual.

Der demografische Wandel und der steigende Bedarf an passgenauen Betreuungs- und Pflegedienstleistungen sprechen auch künftig für eine steigende Nachfrage nach professionellen pflegerischen Dienstleistungen. Aufgrund der Tatsache, dass die Finanzierung unserer Einrichtung weitgehend aus öffentlichen Mitteln gespeist wird, sind Zahlungsausfälle in größerem Umfang nicht zu erwarten. Durch die Reduzierung der betriebenen Pflegeplätze auf Langzeitpflegeplätze im psychiatrischen Bereich und der Wiedereingliederung wirken sich aber Minderbelegungen erheblich aus. Die sofortige Nachbelegung freier Pflegeplätze ist von der Verfügbarkeit von geeigneten Bewohnern abhängig. Um diesem Risiko entgegenzuwirken besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Klinikum Ingolstadt GmbH.

Die Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Ingolstadt GmbH bietet Dienstleistungen im Sektor der ambulanten Versorgung von Patienten an und steht damit im Wettbewerb mit niedergelassenen Ärzten. Auf Grund des besonderen Zuschnitts und der Verzahnung mit der Klinikum Ingolstadt GmbH sehen wir die Möglichkeit die Fallzahlen weiter zu steigern. Im Geschäftsfeld der Betriebsmedizin sind die Wachstumschancen eng mit dem erforderlichen Fachpersonal verknüpft.

Finanzen

Die Liquidität sowie ausstehende Forderungen und Zahlungsverpflichtungen werden regelmäßig überwacht. Kurzfristige Liquiditätsunterdeckungen können mithilfe von kurzfristigen Krediten durch die Träger sowie durch einen Kreditrahmen bei Kreditinstituten aufgefangen werden. Auf Grund steigender Zinsen bestehen generell Risiken für unsere aufgenommenen Darlehen.

Kursrisiken, Transaktions- oder Währungsrisiken bestehen nicht.

Auf strittige Forderungen und dauerhafte Wertminderungen wurden entsprechende Abschreibungen vorgenommen.

Die bestehenden Annuitätendarlehen sind langfristig abgeschlossen und haben eine durchschnittliche Zinsbindung von 3 Jahren.

Risikoreiche Finanzanlagen sowie Finanzgeschäfte im Termin-, Options- und Derivatemarkt werden nicht getätigt.

Betrieb und Produktion

Die Behandlung von Patienten geschieht in einem organisatorisch komplexen und arbeitsteiligen Prozess. In allen Schritten der Patientenhandlung stellen wir uns sowohl den Ansprüchen der Patienten als auch unseren Ansprüchen an eine adäquate Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität. Zur fortlaufenden Optimierung nutzen wir hierzu zum einen externe Audits und lassen Zentren, Bereiche und Einheiten entsprechend den Vorgaben der Qualitätssicherungsinstitute durch externe Gutachter zertifizieren.

Zum anderen überwachen und messen wir regelmäßig und fortlaufend die Qualität unserer Leistungserbringung. Dies geschieht durch die Überprüfung der Einhaltung von gesetzlichen Vorgaben ebenso wie durch Befragungen von Patienten.

Das Klinikum Ingolstadt veröffentlicht jährlich den Gesetzlichen Qualitätsbericht nach § 137 SGB V, in welchem das Leistungsspektrum unseres Hauses dargestellt wird. Die inhaltliche Struktur und Gliederung des Gesetzlichen Qualitätsberichts wird dabei vom Gesetzgeber vorgeschrieben.

Das Hauptziel des Gesetzlichen Qualitätsberichts liegt in der Schaffung von Transparenz. Er soll den Patienten im Vorfeld einer Krankenhausbehandlung als Entscheidungshilfe bei der Wahl eines geeigneten Krankenhauses dienen. Die Qualitätsberichte der Krankenhäuser stehen aber auch sonst jedem Interessierten zur Verfügung.

Der zunehmende Kostendruck und die wachsenden Anforderungen an die Qualität der Leistungserbringung bis hin zur Kopplung der Refinanzierung an das Erreichen gesetzlich vorgegebener Qualitätsindikatoren stellt die Klinikum Ingolstadt GmbH in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen. Wir versuchen, diesen Herausforderungen mit geeigneten Instrumenten zu begegnen.

Trotz aller Qualitätssicherungsmaßnahmen können Schlecht- bzw. Fehlleistungen nicht vollständig ausgeschlossen werden und führen in Einzelfällen zu Beschwerden. Da wir insbesondere Beschwerden von Patienten sehr ernst nehmen, erfolgt die Analyse durch die eigens dafür geschaffene Anlaufstelle. Somit ist sichergestellt, dass – falls erforderlich – korrigierend eingegriffen wird.

Für alle Risiken, denen wir in unserer Leistungserbringung gegenüberstehen, besteht ein angemessener und regelmäßig aktualisierter Versicherungsschutz.

Beschaffung

Bei der Beschaffung von Medizinprodukten, Medikamenten und Ausstattungen sowie von medizinischem Sachbedarf und Schutzausrüstung sind wir auf Fremdanbieter angewiesen. Diese Abhängigkeiten sind grundsätzlich mit Risiken behaftet, z.B. Preisrisiken, Lieferengpässen oder Qualitätsproblemen. Dem begegnen wir, indem wir uns mit weiteren Partnern zu Verbund- und Netzwerk-Einkaufsstrukturen zusammengeschlossen haben (Sana).

Im Klinikum Ingolstadt erfolgen Beschaffungen zentral über die Einkaufsabteilung (Wirtschaftsbetriebe/ Einkauf, Apotheke, Medizinprodukteeinkauf, Fertigvorrat) unter Wahrung der gesetzlichen Vorgaben (z.B. Vergabe- und Beschaffungsverordnungen) sowie den Normen der Compliance. Die Einkaufsab-

teilung und die Apotheke stellen durch kontinuierliche Markt- und Produktbeobachtung sicher, dass Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten, Produkten und Dienstleistungen nur im Ausnahmefall entstehen können bzw. Ausweichstrategien rechtzeitig etabliert werden.

Jedoch bestehen in den letzten Jahren, wie insbesondere auch im Jahr 2022, zunehmende Lieferengpässe für einige in der Patientenbehandlung dringend erforderliche Medikamente / Wirkstoffgruppen sowie für Material zum Schutz der Mitarbeitenden vor der Ansteckung mit dem Corona-Virus. Auch im Bereich des medizinischen Verbrauchsmaterials kommt es immer wieder zu Engpässen. Ursache dafür sind regulatorische Eingriffe (Zulassungen) oder Portfoliobereinigungen der Hersteller. Diese Engpässe führten bislang über ein vorausschauendes Logistikmanagement zu keinen negativen Einflüssen in der Patientenversorgung.

Im Jahr 2022 haben wir ausreichend Impfstoff erhalten, um allen impfbereiten Mitarbeitenden ein Impfangebot unterbreiten zu können.

Erfolgs- und Liquiditätsrisiken

Die Monatsabschlüsse und der Jahresabschluss werden zeitnah erstellt und der Geschäftsführung vorgelegt. Die Analyse erfolgt zusammen mit den Budgetverantwortlichen in den jeweiligen Bereichen. So können frühzeitig Abweichungen von den Planwerten erkannt und – wenn notwendig – Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Durch regelmäßige Zeit- und Betriebsvergleiche (Bayerische Krankenhausgesellschaft, AKG u.a.) von Aufwendungen, Erträgen, DRG-Daten, betriebswirtschaftlichen Kennzahlen, Personalkennzahlen und anderen betriebs- und finanzwirtschaftlichen Indikatoren werden unsere Analysen unterstützt. Das Erlös- und Kostencontrolling ist hierzu kontinuierlich weiterentwickelt worden.

Monatliche Erfolgs- und Liquiditätskontrollen sichern unsere Prognosen und unseren Liquiditätsstatus ab.

Die durch die Finanzabteilung ermittelte Liquiditätsentwicklung wird quartalsweise dem Aufsichtsrat zur Verfügung gestellt.

Auf Grund der geringen Verschuldung schätzen wir die Finanzierungsrisiken als gering ein.

Wegen der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Fallrückgängen bestehen grundsätzlich Liquiditätsrisiken, die durch kurzfristige Kredite von verbundenen Unternehmen oder von den Trägern abgedeckt werden können. Die Risiken werden zudem durch Ausgleichs- und Sonderzahlungen reduziert. Für einen kurzfristigen Zwischenfinanzierungsbedarf besteht eine genehmigte Kassenkreditlinie von TEUR 15.000.

Aufgrund des Kriegs in der Ukraine, der gestiegenen Energiekosten und der Entwicklung der Inflationsrate in Deutschland besteht prinzipiell das Risiko, dass steigende Kosten das Ergebnis der Gesellschaft negativ beeinflussen können.

Diese möglichen Anstiege insbesondere bei einzelnen Sachkosten können auf Grund der administrierten Vergütungen nicht mit Erlössteigerungen kompensiert werden. Ohne weitere Unterstützungsleistungen ergeben sich dadurch erhebliche Ergebnisrisiken.

Haftungs- und Rechtsrisiken sowie Chancen

Risiken, die sich im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten ergeben können, werden im Klinikum fortlaufend identifiziert, bewertet und kommuniziert. Die aus laufenden Rechtsverfahren resultierenden Haftungs- und Rechtsrisiken werden bewertet und im Jahresabschluss berücksichtigt, um wesentliche negative Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage für die Folgejahre möglichst auszuschließen.

Über unsere Ombudsperson können die Mitarbeitenden anonyme Compliance-Verstöße melden. Als Ansprechpartner hierfür steht eine Rechtsanwaltskanzlei zur Verfügung.

Gesamteinschätzung

Die Überprüfung der Gesamtrisikolage des Konzerns hat für das Jahr 2022 ergeben, dass bestandsgefährdende Risiken nicht bestehen.

Chancen

Die Kosten werden erheblich durch die Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst, speziell durch die Regelungen des TVöD, und durch die Preisentwicklung auf dem Energiesektor beeinflusst. Ein sparsamer Ressourcenverbrauch hilft uns den gestiegenen Energiekosten entgegen zu treten.

An unserer Schule unterrichten Pflegepädagogen, Ärzte und Lehrer für Pflegeberufe. Sie alle haben eine enge Bindung zum Pflegeberuf und häufig eine langjährige klinische Erfahrung. Die praktische Ausbildung findet im Klinikum Ingolstadt oder in den kooperierenden Kreiskrankenhäusern Eichstätt, Kösching und Aichach statt. Sie wird von Praxisanleitern sowie von den Fachlehrern der Schule begleitet. Eine enge Beziehung zwischen Lehrern und Schülern entsteht durch viele praktische Übungen sowie die individuelle Begleitung auf den Stationen. Vertrauen und Offenheit sind die Basis für ein positives Miteinander. Im Zentrum unseres Tuns stehen immer unsere Schüler und die von ihnen betreuten Patienten. Nur so können wir den Slogan des Klinikums „in guten Händen“ mit Leben füllen.

Die Berufsfachschule für Medizinisch-technische Radiologieassistenten bietet Schulabgängern und Umschülern die Möglichkeit, sich in einem angesehenen Beruf mit ausgezeichneten Anstellungschancen und Entwicklungsmöglichkeiten ausbilden zu lassen. Unser Ziel ist es, aus unseren Schülern gesuchte Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zu machen. Daher arbeiten wir an einer stetigen Verbesserung unserer Unterrichtsmethoden und führen unsere Schüler schon in der Ausbildung an modernste Geräte heran

Mit der modern ausgestatteten Immobilie am Klinikum hat das bedarfsorientiert geordnete Leistungsangebot der Alten- und Pflegeheim GmbH einen hohen Qualitätszuwachs erfahren. Aufgrund des ansprechenden Arbeitsumfelds gehen wir davon aus, dass der Erhalt von qualifiziertem Pflegepersonal gesichert ist. Verbesserte Prozessabläufe und der Einsatz von EDV-gestützten Dokumentationsmöglichkeiten in einem strukturierten Informationssystem (SIS) werden sukzessive kostenmindernde Wirkung und zudem zusätzliche Zeit für die Pflegekräfte am Bewohner entfalten. Mit der hohen Qualität der Einrichtung hat sich die Belegung auf dem erforderlichen Niveau stabilisieren lassen. Die Finanzierung muss allerdings weiterhin Jahr für Jahr über kostendeckende Pflegesätze, die mit den Kostenträgern zu vereinbaren sind, sichergestellt werden.

Im Medizinischen Versorgungszentrum der Klinikum Ingolstadt GmbH soll der Bereich der Betriebsmedizin durch zusätzliches Personal aufgebaut werden.

Trotz aller zusätzlichen Herausforderungen sehen wir mittel- und langfristig mehr Chancen als Risiken. Von entscheidender Bedeutung wird sein, welche Veränderungen der Gesetzgeber für die Akteure im Gesundheitswesen vorgeben wird. Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass auf der Kostenseite die Tarifsteigerungen im Personalbereich adäquat refinanziert und die geplanten Fallzuwächse erreicht werden.

Prognosebericht

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat das Geschäftsjahr 2023 planmäßig begonnen. Die Bewerberzahlen verharren auf niedrigem Niveau.

Die Ergebnisse liegen bisher im Rahmen unserer Planung. Über den Ausbildungsfonds, das zusätzliche Ausbildungsbudget und den neuen Fonds für die Pflegeausbildung werden voraussichtlich die erforderlichen Finanzmittel zufließen.

Die Verhandlungen für das Ausbildungsbudget 2023 konnten allerdings noch nicht abgeschlossen werden.

Unsere Pflegeeinrichtung ist mit einer Belegung von 78,3 Plätzen in das Geschäftsjahr 2023 gestartet. Für 2023 gehen wir bei einer ganzjährigen Belegung von rund 98 % von Erträgen von 4,9 Mio. EUR aus. Unter zu Grunde Legung eines angepassten Personaleinsatzes planen wir mit Personalkosten von 3,1 Mio. EUR. Trotz weiterer Kostensteigerungen im Wirtschaftsbedarf streben wir ein ausgeglichenes Ergebnis an.

Die gestiegenen Lebensmittel- und Energiekosten betreffen die Geschäftsentwicklung der Alten- und Pflegeheim GmbH insbesondere bei den Mieten und Mietnebenkosten sowie bei der Speiserversorgung. Insofern rechnen wir mit steigenden Kosten, die über noch zu vereinbarende Pflegesätze finanziert werden müssen. Ab dem 01. März 2023 konnte der Investitionskostensersatz für den Bereich nach SGB XI auf 23,06 EUR/Platz und Tag erhöht werden.

Für das Jahr 2023 haben wir für das Klinikum Ingolstadt einen Wirtschaftsplan erstellt, der zum einen auf den Leistungsdaten des Jahres 2019 aufsetzt, jedoch anhand von Szenarien auch eine Reduktion der Leistungsmengen berücksichtigt. Basis der Planung waren individuelle Leistungsdaten und erwartete mikro- und makroökonomische Rahmenbedingungen sowie der strategische Ausbau des Leistungsportfolios, in Summe haben wir unsere ursprüngliche Leistungsplanung für 2022 auch in 2023 weiterentwickelt.

Trotz des Endes der Corona Pandemie stellt die Zielerreichung der Planvorgaben mit den vorgesehenen Kapazitätserweiterungen und ohne weitere Ausgleichszahlungen eine enorme Herausforderung dar.

Das Klinikum Ingolstadt plant im Wirtschaftsplan für 2023 im somatischen Bereich 34.992 Case-Mix Punkte und im psychiatrischen Bereich ca. 100.901 Bewertungsrelationen. Der Wirtschaftsplan weist einen Jahresverlust 20,0 Mio. EUR aus.

Die Corona-Pandemie hatte erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen für unser Klinikum. Einhergehend mit der Absage elektiver Patientenbehandlungen registrieren wir seit 2020 insbesondere im stationären Leistungsspektrum deutliche Unterschreitungen der geplanten Fallzahlen. Gleichzeitig stiegen die Kosten für Maßnahmen, die ergriffen werden mussten, um eine Versorgung der Covid-19 Patienten insbesondere auch mit Beatmung bei steigenden Infektionszahlen sicherzustellen und dabei den Schutz der eigenen Mitarbeiter zu gewährleisten. Die Umorganisation des Klinikums zum Versorger insbesondere auch für die SARS-CoV-2 – Patienten hat zu erheblichen Eingriffen in den Klinikalltag geführt. Die Einschränkungen der Bettenkapazitäten, der Leistungen in den chirurgischen Fächern (OP-Verbote und -einschränkungen), der Leistungen in der Diagnostik, bei den Interventionen (z.B. Herzkatheterlabor, Endoskopie) und im Zentrum für Psychische Gesundheit haben zu deutlich gesunkenen Fallzahlen und damit verbunden zu großen finanziellen Auswirkungen geführt.

Dennoch streben wir eine umfassende Versorgung der Bevölkerung der Region 10 an und gehen davon aus, dass die Sicherung der erforderlichen Liquidität durch den Gesellschafter Krankenhauszweckverband Ingolstadt und die Fortführung der Unternehmenstätigkeit jederzeit gewährleistet ist.

Die Pflegesatzverhandlungen für 2023 stehen noch aus. Somit sind die angestrebten Leistungsmengen als auch das Pflegebudget 2023 noch nicht vereinbart.

Der Anstieg des landesweiten Basisfallwerts um 4,42 % auf 3.994,59 EUR erfordert zusätzlich weitere, deutliche Produktivitätssteigerungen, um die Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich finanzieren zu können.

Bei 40.067 geplanten Patienten ist der Druck auf eine frühzeitige Entlassung aus der Klinik weiter hoch. Vor dem Hintergrund der bereits jetzt absehbaren Schwierigkeiten zusätzliche Kapazitäten zeitnah zur Verfügung zu stellen, werden sich die im Wirtschaftsplan gesteckten Ziele nicht erreichen lassen.

Insgesamt ist aufgrund der noch nicht absehbaren Wiederaufnahme des vollen Betriebs eine Prognose für die Geschäftsentwicklung nur sehr eingeschränkt möglich. Es bestehen große Herausforderungen in der Ausgestaltung des medizinischen Leistungsportfolios. Die geplante Etablierung der Alterstraumatologie, die Weiterentwicklung der Wirbelsäulenchirurgie und der Viszeralchirurgie unter neuer Leitung werden sich dennoch positiv auf die Leistungsentwicklung auswirken.

Noch ist nicht gänzlich absehbar, welche Folgen der Krieg in der Ukraine auf die allgemeine Kostenentwicklung im Jahr 2023 noch haben wird. Die bisher gestiegenen Lebensmittel- und Energiekosten betreffen die Geschäftsentwicklung der Klinikum Ingolstadt GmbH bei den Sachkosten, insbesondere bei der Speiserversorgung und allen bezogenen Leistungen. Insofern rechnen wir mit steigenden Kosten, die nicht über eine Erhöhung der Vergütung finanziert werden. Maßgebliche Veränderungen in den Fallzahlen sind dadurch nicht zu erwarten. Die gestiegenen Energiekosten sind teilweise förderfähig. Ungeplante Personalkostensteigerungen können sich insbesondere durch den Abschluss der Tarifverhandlungen ergeben.

Unsicherheiten bestehen in puncto Verlauf der COVID-19-Pandemie und in Bezug auf etwaige regulatorische Eingriffe mit Auswirkungen auf die Vergütungsstruktur im Jahr 2023.

Im Medizinischen Versorgungszentrum der Klinikum Ingolstadt GmbH gehen wir aufgrund der vorgenommenen Maßnahmen und der erstellten Fortführungsprognose zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung von einem Ergebnis auf dem Niveau des Vorjahrs aus. Das Geschäftsfeld der Betriebsmedizin soll zunächst durch die Rekrutierung weiterer ärztlicher Mitarbeiter*innen stabilisiert werden. Gelingt dieses, soll die Versorgung externer Partner weiter ausgebaut werden. Ein weiterer Ausbau des MVZ ist ein strategisches Ziel. Der dafür notwendige Erwerb weiterer Kassenarzt-Sitze stößt jedoch in einem durch die Kassenärztliche Vereinigung stark reglementierten Marktumfeld auf große Herausforderungen.

Im Jahr 2023 sowie in den Folgejahren wird das Ergebnis des Konzerns im Wesentlichen durch das Fallaufkommen sowie die Auswirkungen der jeweils geltenden Tarifverträge und der grundsätzlichen Entwicklung des Entgeltsystems im Gesundheitswesen beeinflusst werden. Für 2023 wird bei Erträgen von 340,1 Mio. EUR und Kosten von 360,0 Mio. EUR mit einer Unterdeckung von -19,9 Mio. EUR gerechnet.

Infolge der unzureichenden Vergütungen der allgemeinen Krankenhausleistungen und des hohen Instandhaltungsbedarfs muss in den nächsten Jahren mit einem negativen Konzernergebnis gerechnet werden.

Ingolstadt, 31. März 2023

Jochen Bocklet
Werkleiter

Dr. Andreas Tiete
Werkleiter

**Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom
1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022**

Konzern
Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt
Konzernbilanz zum 31. Dezember 2022

Aktiva	Vorjahr		Passiva	Vorjahr	
	EUR	EUR		EUR	EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen			I. Gezeichnetes Kapital	2.000.000,00	2.000.000,00
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.609.971,00	1.255.003,00	II. Kapitalrücklage	70.610.664,62	70.610.664,62
2. Geschäfts- oder Firmenwert	58.500,00	74.100,00	III. Gewinnvortrag	13.298.970,02	16.700.020,05
	1.668.471,00	1.329.103,00	IV. Konzernjahresfehlbetrag	-8.781.299,22	-3.401.050,03
		77.128.335,42	85.909.634,64
II. Sachanlagen			Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	141.160.447,52	138.888.598,33
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	160.313.178,62	168.042.133,62	C. Rückstellung		
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschl. Grundstücke und grundstücksgleiche Recht ohne Bauten	2.544.973,61	2.748.356,61	I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	8.112.272,86	7.560.027,45
3. Technische Anlagen	51.700,10	51.700,10	II. Steuerrückstellungen	0,00	0,00
4. Technische Anlagen	8.370.906,00	8.907.972,00	III. Sonstige Rückstellungen	40.394.231,62	38.433.496,08
5. Einrichtungen und Ausstattungen	18.640.126,00	17.454.045,00		48.506.504,48	45.993.523,53
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	36.699.954,51	22.816.670,70			
	226.620.838,84	220.020.878,03	D. Verbindlichkeiten		
	I. Verbind. gegenüber Kreditinstituten	12.332.780,22	12.599.750,26
III. Finanzanlagen			II. Erhaltene Anzahlungen	3.109.270,30	1.984.504,75
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	80.000,00	80.000,00	III. Verbind. aus Lieferungen und Leistungen	9.095.631,56	6.168.011,67
2. Beteiligungen	39.000,00	45.500,00	IV. Verbind. gegenüber Gesellschaftern bzw. Träger der Einrichtung	17.600.000,00	7.600.000,00
	119.000,00	125.500,00	V. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	3.011.085,51	1.223.815,52
	228.408.309,84	221.475.481,03	VI. Verbind. gegenüber verbundenen Unternehmen	172.499,97	272.885,01
B. Umlaufvermögen			VII. Sonstige Verbindlichkeiten	8.421.116,21	8.971.100,33
I. Vorräte			davon aus Steuern: EUR 1.854.373,90 (V.J. TEUR 1.700)		
1. Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	4.848.499,65	5.161.836,80	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 2.087,56 (V.J. TEUR 0)	53.742.583,77	38.790.067,54
2. Unerfugte Leistungen	5.852.821,27	4.981.528,91			
	10.701.320,92	10.143.365,71	E. Rechnungsabgrenzungsposten	556.572,07	567.424,38
			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	50.716.864,85	53.629.297,58			
2. Forderungen an Gesellschafter bzw. Träger der Einrichtung	0,00	0,00			
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	27.365.091,95	19.306.632,40			
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	228.558,85	678.370,49			
5. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.836,41	3.472,44			
6. Sonstige Vermögensgegenstände	1.274.815,79	624.637,66			
	79.590.167,85	74.242.410,57			
			
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	958.881,41	2.719.010,34			
			
	91.250.370,18	87.104.786,62			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.301.776,74	1.371.687,64			
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	133.986,50	167.293,13			
	321.094.443,26	310.119.248,42			
			
	321.094.443,26	310.119.248,42			

	2022 €	2021 €
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	256.101.694,87	247.774.628,35
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen	1.030.364,19	56.987,65
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	1.074,05
4. Zuweisungen u. Zuschüsse der öffentlichen Hand	7.811.107,60	5.136.389,85
5. Sonstige betriebliche Erträge	34.651.518,49	28.740.142,12
	-----	-----
	299.594.685,15	281.709.222,02
6. Materialaufwand		
a) Aufwand für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	52.213.637,53	48.985.920,46
b) Aufwand für bezogene Leistungen	7.881.875,93	6.007.749,08
	-----	-----
	60.095.513,46	54.993.669,54
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	154.091.364,52	145.295.773,59
b) soziale Abgaben und Aufwendungen (davon für Altersversorgung € 8.801.453,27; Vorjahr T€ 8.518)	36.070.627,98	34.457.182,68
	-----	-----
	190.161.992,50	179.752.956,27
8. Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	17.678.622,02	17.037.910,52
9. sonstige betriebliche Aufwendungen	39.440.140,46	31.525.850,09
	-----	-----
Zwischenergebnis	-7.781.583,29	-1.601.164,40
10. Erträge aus Beteiligungen		
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	3.140,36	3.847,51
12. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen € 502,79; Vorjahr T€ 4)	55.046,72	56.203,36
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon aus verbundenen Unternehmen € 633,68; Vorjahr T€ 1)	1.029.812,95	1.830.240,66
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	675,20	898,04
15. Ergebnis nach Steuern	-8.760.165,08	-3.379.947,25
16. sonstige Steuern	21.134,14	21.102,78
17. Konzernjahresfehlbetrag	-8.781.299,22	-3.401.050,03

Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt

KONZERNANHANG

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2022

I. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM KONZERNABSCHLUSS

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2022 des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt, Ingolstadt, wurde nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches aufgestellt.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt, stellt den Konzernabschluss gem. § 294 ff. HGB auf.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde im Berichtsjahr nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Der Konzern betreibt neben dem Krankenhaus ein Alten- und Pflegeheim, sowie ein Medizinisches Versorgungszentrum. Die Gliederung der Bilanz und GuV ist nach den allgemeinen Vorschriften des HGB erfolgt. Die Bilanz wurde entsprechend § 265 Abs. 5 HGB um den Posten „Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens“ erweitert.

II. ANGABEN ZUM KONSOLIDIERUNGSKREIS

Folgende Tochterunternehmen wurden im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen:

<u>Name und Sitz:</u>	<u>Stammkapital:</u>	<u>Anteil am Kapital:</u>
Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt ¹⁾	6.000.000,00 €	100 %
Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt ²⁾	25.000,00 €	100 %
Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt ²⁾	25.000,00 €	100 %

Folgende Tochterunternehmen werden wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gem. § 296 Abs. 2 HGB nicht in den Konzernabschluss mit einbezogen, da die Gesellschaften vergleichsweise geringe Erträge erwirtschaften und nur über unbedeutendes Vermögen verfügen.

<u>Name und Sitz:</u>	<u>Stammkapital:</u>	<u>Anteil am Kapital:</u>
Beteiligungsgesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt ²⁾	25.000,00 €	100 %
Betreibergesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt ²⁾	25.000,00 €	100 %
Ambulante Pflege- und Nachsorge Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt ²⁾	25.000,00 €	100 %
Dienstleistungs- und Gebäudemanagement Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt ²⁾	25.000,00 €	100 %
Kardio-CT GmbH & Co. KG, Ingolstadt ²⁾	30.000,00 €	100 %
CT 64 Verwaltungs-GmbH, Ingolstadt ²⁾	25.000,00 €	100 %

¹⁾ Direkte Beteiligung

²⁾ Indirekte Beteiligung

Die Klinikum Ingolstadt GmbH ist nach § 290 HGB grundsätzlich verpflichtet, einen Teilkonzernabschluss zu erstellen, nimmt aber die Befreiung nach § 291 HGB in Anspruch. Befreiende Wirkung hat der Konzernabschluss des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt, Ingolstadt.

III. KONSOLIDIERUNGSMETHODEN

Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen werden unter Anwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zum gleichen Bilanzstichtag aufgestellt wie der des Mutterunternehmens.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung wurde der Wertansatz der dem Mutterunternehmen gehörenden Anteile an den einbezogenen Tochterunternehmen mit dem auf diese Anteile entfallenden Betrag des Eigenkapitals der Tochterunternehmen verrechnet. Das Eigenkapital wurde dabei nach § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB a. F. mit dem Buchwert angesetzt. Die Verrechnung erfolgte auf Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt des erstmaligen Erwerbs der Anteile.

Bei der Verrechnung der Wertansätze der Anteile der Tochterunternehmen mit dem auf diese Anteile entfallenden Eigenkapital ergaben sich aktive Unterschiedsbeträge. Diese Unterschiedsbeträge resultierten aus Kosten der Umgründung im Jahr 2005, die als Anschaffungsnebenkosten bei den Anteilen an den Tochterunternehmen aktiviert wurden. Da die Ursache für diese Unterschiedsbeträge nicht in der Aufdeckung von stillen Reserven lag, erfolgte keine Zuschreibung bei den Wertansätzen der Vermögensgegenstände, sondern eine Verrechnung mit den Rücklagen. Aktive Unterschiedsbeträge aus der Erstkonsolidierung wurden gemäß § 309 Abs. 1 Satz 3 HGB a. F. von den Rücklagen abgesetzt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten wurden aufgerechnet, ebenso die konzerninternen Erträge und Aufwendungen.

Zwischenergebnisse wurden aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nicht eliminiert.

IV. ANGABEN ZU BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die im Folgenden dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich mit dem Vorjahr unverändert angewandt.

Entgeltlich von Dritten erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten aktiviert und über den Zeitraum der betriebsgewöhnlichen Nutzung linear abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten einschließlich Nebenkosten, vermindert um lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungssätze richten sich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis EUR 250,00 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Für Geringwertige Wirtschaftsgüter von über Euro 250,00 bis Euro 1.000,00 wurde ein Sammelposten gebildet, der über eine Nutzungsdauer von 5 Jahren abgeschrieben wird.

Die durchschnittliche Nutzungsdauer pro Anlagenklasse gliedert sich wie folgt:

Anlageposition	Nutzungsdauer
Immaterielle Vermögensgegenstände	5 Jahre
Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten, einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	0 - 50 Jahre
Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschl. der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	0 – 33 Jahre
Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	keine Abschreibung

Technische Anlagen und Maschinen	5 – 50 Jahre
Einrichtungen und Ausstattungen	5 – 15 Jahre
Geringwertige Wirtschaftsgüter	5 Jahre

Die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau werden mit dem Nennwert angesetzt.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten angesetzt.

Die Bewertung der Gegenstände des Vorratsvermögens erfolgt zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips.

Die unfertigen Leistungen betreffen Fallpauschalenpatienten, die über die Jahreswende im Krankenhaus betreut wurden, jedoch zum Bilanzstichtag nicht abgerechnet werden konnten. Die erbrachte Teilleistung, die auf das Berichtsjahr entfällt, ist verlustfrei nach der Bilanzierungsvorgabe der Bayerischen Krankenhausesellschaft bewertet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert angesetzt. Pauschal- oder Einzelwertberichtigungen sind im erforderlichen Umfang gebildet worden.

Die Kassenbestände und Bankguthaben sind zu Nominalwerten bilanziert.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tage darstellen. Diese werden mit dem Nennwert angesetzt. Die Auflösung des Postens erfolgt linear entsprechend dem Zeitablauf.

Der aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung resultiert aus der Saldierung nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB von Altersversorgungsverpflichtungen mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung der Altersversorgungsverpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind (Deckungsvermögen i.S.d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB). Bei den Vermögensgegenständen handelt es sich um Wertpapiere.

Das gezeichnete Kapital wird zum Nennwert bilanziert.

Die Sonderposten aus Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens betreffen entsprechend den Vorgaben der KHBV die erhaltenen Fördermittel für Investitionen. Diese werden um die bereits angefallenen Abschreibungen auf die mit diesen Mitteln finanzierten Anlagegüter vermindert.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Zudem wurden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2018 verwendet. Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie jährliche Rentensteigerungen von 2,0 % unterstellt.

Die Pensionsrückstellungen wurden pauschal mit dem von der deutschen Bundesbank im Monat Dezember 2022 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre abgezinst (§ 253 Abs. 2 Satz 1 HGB), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Der Zinssatz auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen 10 Jahre beträgt zum 31. Dezember 2022 1,78 %, während er sich im Vorjahr auf 1,87 % belief. Der Zinssatz auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen 7 Jahre beträgt zum 31. Dezember 2022 1,44 % (Vj. 1,35 %).

Die Beihilferückstellungen wurden auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens bewertet. Die Berechnung wurde unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Zudem wurden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2018 verwendet. Die Bewertung erfolgte unter Zugrundelegung mit dem von der deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre von 1,44 % (Vj. 1,35 %) und berücksichtigte außerdem eine Dynamik der Beihilfeleistungen von 2 %.

Die Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten vorgenommen. Die Bewertung erfolgte unter Zugrundelegung mit dem von der Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre von 1,44 % (Vj. 1,35 %) und berücksichtigte zudem das vorzeitige Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis unverändert gegenüber dem Vorjahr mit 7,1 % (Vj. 5,0 %). Der Gehaltstrend wurde mit 2 % berücksichtigt. Sofern biometrische Einflussfaktoren zu berücksichtigen waren, wurden die "Richttafeln 2018 G" von Prof. Dr. Klaus Heubeck

verwendet.

Die Altersteilzeitrückstellung wurde entsprechend der Vorgaben des IDW RS HFA 3 gebildet. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Deutschen Bundesbank herausgegebenen Zinssatz über die noch verbleibende Restlaufzeit der Rückstellung. Des Weiteren wurde bei der Bemessung der Rückstellung ein Lohn- und Gehaltssteigerungstrend von 2 % p. a. angenommen.

Die übrigen sonstigen Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der sich nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ergibt.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die erhaltenen Anzahlungen sind mit dem Nennwert angesetzt.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden mit dem Nennwert angesetzt und betreffen Einnahmen vor dem Bilanzstichtag, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen. Die Auflösung erfolgt linear entsprechend der Laufzeit.

V. ANGABEN ZUR KONZERNBILANZ

Die Entwicklung der in der Bilanz erfassten Anlagegegenstände ist im Anlagenspiegel (Anlage) dargestellt.

Anteilsbesitz

Name	Sitz	Beteiligungsquote %	Eigenkapital EUR	Jahresergebnis EUR
Klinikum Ingolstadt - Ambulante Pflege- und Nachsorge GmbH	Ingolstadt	100	519.639,86	44.292,69
Dienstleistungs- und Gebäudemanagement Klinikum Ingolstadt GmbH	Ingolstadt	100	25.000,00	-102.716,56**
Betreiber-gesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH	Ingolstadt	100	25.000,00	20.613,88**
Beteiligungsgesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH	Ingolstadt	100	796.251,04	-80.937,32
SAPV Region 10 GmbH	Ingolstadt	26	2.931.651,30*	572.910,44*
GPI Gesundheitspartner IngolStadtLandPlus GmbH in Liquidation	Ingolstadt	20	17.036,64***	247,23***

* Angaben per 31.12.2021

** Jahresergebnis vor Ergebnisabführung an die Beteiligungsgesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH

*** Angaben zur Liquidationsschlussbilanz zum 30.11.2022

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen in voller Höhe Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht betreffen ausschließlich Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Alle Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Unter der Position D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung wurden die Wertguthaben

für Langzeitarbeitskonten in Höhe von TEUR 2.897 (ursprüngliche Anschaffungskosten in Höhe von TEUR 2.804) nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den entsprechenden Rückstellungen in Höhe von TEUR 2.763 verrechnet. Die Bewertung der in Wertpapieren verbrieften Wertguthaben erfolgte zum Kurswert am Bilanzstichtag.

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist im Konzerneigenkapitalspiegel dargestellt.

Pensionsrückstellungen

Für die Beamten mit Versorgungszusagen vor dem 1. Januar 1987 (Altzusagen) wurden in Ausübung des Wahlrechts nach Art. 28 Abs. 1 EGHGB im Geschäftsjahr 2021 lediglich Zuführungen zu den Rückstellungsbeträgen des Vorjahres bis zu 47 % des Erfüllungsbetrages (Münchener Modell) gebucht.

Die Neuzusagen werden zum Erfüllungsbetrag passiviert. Für die aufgrund erstmaliger Anwendung der Bewertungsgrundsätze des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes notwendige Zuführung zu den Pensionsrückstellungen zum 01.10.2010 wurde das Wahlrecht in Art. 67 Abs. 1 EGHGB in Anspruch genommen. Der Zuführungsbetrag wird über 15 Jahre angesammelt. Die gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB noch nicht in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen betragen TEUR 42.

	Durchschnittlicher Marktzins		
	letzte 10 Jahre	Delta	letzte 7 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR
Pensionsrückstellungen	8.112	919	9.031
davon			
Altzusagen passiviert nach Münchener Modell	1.802	362	2.164
nicht passivierter Wert gem. Art. 28 Abs. 2 HGB	1.942	-190	1.752
Erfüllungsbetrag	3.744	172	3.916
davon			
Neuzusagen passivierter Wert	6.310	557	6.867
noch nicht bilanzierter Wert Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB	42	0	42
Erfüllungsbetrag	6.352	557	6.909

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 919.

Für diesen Unterschiedsbetrag (TEUR 919) und den gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB noch nicht in der Bilanz ausgewiesenen Zuführungsbetrag (TEUR 42) besteht grundsätzlich eine dauerhafte Ausschüttungssperre. Da die frei verfügbaren Rücklagen mindestens dem Unterschiedsbetrag entsprechen, greift die Ausschüttungssperre jedoch nicht. (§ 253 Abs. 6 HGB).

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen:

Rückstellung für Beihilfe-Aufwendungen	3.753 TEUR
Rückstellung f. Umlagezahlungen	8.183 TEUR
Altersteilzeit	1.886 TEUR
Übrige Personalrückstellungen	13.674 TEUR
Rückstellung für Erlösberichtigungen	5.825 TEUR

Die Rückstellung für Umlagezahlungen beinhaltet die Verpflichtung gegenüber der Versorgungskasse, die für

die Beamtenversorgung ab dem Pensionsbeginn geleistet werden muss.

	Durchschnittlicher Marktzins		
	letzte 10 Jahre TEUR	Delta TEUR	letzte 7 Jahre TEUR
Umlagerückstellungen			
Altzusagen passiviert nach Münchner Modell	8.183	266	8.449
Nicht passivierter Wert gem. Art. 28 Abs. 2 HGB	9.228	536	9.764
Erfüllungsbetrag	17.411	802	18.213
davon frühere Organmitglieder	2.095	82	2177

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Umlagezahlungen an die Versorgungskasse mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 266. Für diesen Unterschiedsbetrag gilt grundsätzlich eine dauerhafte Ausschüttungssperre. Da die frei verfügbaren Rücklagen mindestens dem Unterschiedsbetrag entsprechen, greift die Ausschüttungssperre jedoch nicht. (§ 253 Abs. 6 HGB).

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter sind die von der Stadt Ingolstadt gewährten Darlehen von TEUR 17.600 ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen in Höhe von TEUR 22 Leistungsverbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht betreffen noch nicht verbrauchte Fördermittel und Verbindlichkeiten nach dem KHEntgG.

In den sonstigen Verbindlichkeiten ist die Darlehensgewährung des Zweckverbandes Müllverwertungsanlage Ingolstadt mit TEUR 5.970 enthalten.

Zur Verbesserung der Klarheit und Übersichtlichkeit wurden die Angaben im Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten in einem Verbindlichkeitspiegel zusammengefasst dargestellt.

	EUR	Restlaufzeit		
		kleiner 1 Jahr	größer 1 Jahr	davon größer 5 Jahre
		EUR	EUR	EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vj.)	12.332.780,22 12.599.750,26	267.079,65 266.970,04	12.065.700,57 12.332.780,22	5.525.000,00 5.655.000,00
2. Erhaltene Anzahlungen (Vj.)	3.109.270,30 1.954.504,75	3.109.270,30 1.954.504,75		
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vj.)	9.095.831,56 6.168.011,67	9.095.831,56 6.168.011,67		
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (Vj.)	17.600.000,00 7.600.000,00	17.600.000,00 7.600.000,00		
5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht (Vj.)	3.011.085,51 1.223.815,52	3.011.085,51 1.223.815,52		
6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vj.)	172.499,97 272.885,01	122.499,97 122.885,01	50.000,00 150.000,00	
7. Sonstige Verbindlichkeiten (Vj.)	8.421.116,21 8.971.100,33	2.921.116,21 3.001.100,33	5.500.000,00 5.970.000,00	3.620.000,00 4.090.000,00
Summe	53.742.583,77	36.126.883,20	17.615.700,57	9.145.000,00
(Vj.)	38.790.067,54	20.337.287,32	18.452.780,22	9.745.000,00

VI. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Umsatzerlöse von TEUR 256.102 (Vj TEUR 247.775) gliedern sich in folgende Bereiche:

Erlöse aus Krankenhausleistungen	TEUR 230.892 (Vj TEUR 220.651)
Erlöse aus Pflegeleistungen	TEUR 4.310 (Vj TEUR 4.382)
Praxiseinnahmen	TEUR 2.519 (Vj TEUR 2.515)
Sonstige Umsatzerlöse	TEUR 18.381 (Vj TEUR 20.227)

Die sonstigen Umsatzerlöse betreffen hauptsächlich Erlöse aus Vermietung und Verpachtung, Erlöse aus Apothekenlieferungen an andere Krankenhäuser, Umsätze aus Küche und Casino. Sie betreffen in Höhe von TEUR 992 (Vorjahr TEUR 3.432) Vorjahre.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 525 (Vj TEUR 550) enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 1.679 (Vorjahr TEUR 443) enthalten, davon TEUR 981 für Rechnungskorrekturen aus Vorjahren. Für Aufwendungen aus der Anwendung der Art. 66 und 67 Abs. 1 bis 5 EGHGB hinsichtlich der Dotierung der Pensionsrückstellungen sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wie im Vorjahr TEUR 21 gebucht.

In den Zinserträgen sind Beträge in Höhe von TEUR 36 (Vj TEUR 23) aus der Abzinsung von Personalrückstellungen enthalten.

Bei den Zinsaufwendungen sind TEUR 852 (Vj TEUR 1.665) aus der Aufzinsung von Personalrückstellungen enthalten.

VII. SONSTIGE ANGABEN

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus Miet-, Wartungs- und Leasingverträgen, die nicht in der Bilanz enthalten sind, beträgt TEUR 15.633.

Diese gliedern sich wie folgt:

- bis 1 Jahr	7.167 TEUR
- 2 bis 5 Jahre	8.466 TEUR

Haftungsverhältnisse

Mittelbare Versorgungszusagen gegenüber der Arbeitnehmerschaft bestehen bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden (ZVK Bayern). Diese mittelbaren Versorgungszusagen werden in Ausübung des Wahlrechts des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EG-HGB nicht passiviert. Die ZVK Bayern ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Zweck dieser Anstalt ist es, Arbeitnehmern der Beteiligten im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters-, Berufsunfähigkeits-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die Anstalt ist keine im Wettbewerb stehende Einrichtung. Die Altersversorgung wird durch Beiträge finanziert.

Mit einer Inanspruchnahme der Gesellschaft aus der Subsidiärhaftung des Arbeitgebers ist nicht ernsthaft zu rechnen, da bereits Vermögen in erheblichem Umfang aufgebaut wurde und die ZVK Bayern eine stabile Anzahl von Beteiligten aufweist.

Der Konzern Krankenhauszweckverband Ingolstadt ist Mitglied im Abrechnungsverband I sowie im Abrechnungsverband II der ZVK Bayern.

Im Abrechnungsverband I sind diejenigen Beschäftigten versichert, die vor dem 01.01.2009 eingestellt wurden. Der Beitrag setzt sich hier aus zwei Komponenten zusammen, einer Umlage in Höhe von 3,75 % sowie einem Zusatzbeitrag in Höhe von 4,00 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Mit dem Zusatzbeitrag wird der Umstieg der ZVK Bayern von einem umlagefinanzierten auf ein kapitalgedecktes System finanziert. Der Zusatzbeitrag wurde erstmals 2003 in Höhe von 2,00 % erhoben und stieg bis zum Jahr 2007 auf 4,00 % an, wo er seitdem verblieb. Im Jahr 2013 erfolgte eine Absenkung des Umlagesatzes im Abrechnungsverband I der ZVK Bayern von 4,75 % auf 3,75 %. Die ZVK Bayern verfügt über die Option, den Umlagesatz in den kommenden Jahren darüber hinaus stufenweise abzusenken.

Zudem ist für Beschäftigte, deren Entgelt im Dezember 2001 oberhalb der Vergütungsgruppe I BAT lag, eine Zusatzumlage in Höhe von 9,00 % des das 1,133-fache des Betrags der Entgeltgruppe 15 Stufe 6 TVöD/VKA West übersteigenden Entgelts zu zahlen.

Im Abrechnungsverband II sind diejenigen Beschäftigten versichert, die ab dem 01.01.2009 neu eingestellt wurden. Dies ist Arbeitgebern aus den Bereichen Krankenhaus, Pflege, Behinderten- und Jugendhilfe möglich. Darüber hinaus sind alle Beschäftigten der Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH, ungeachtet ihres Einstellungsdatums, im Abrechnungsverband II versichert. Der Beitrag im Abrechnungsverband II beläuft sich auf 4,80 %; die Anwartschaften werden kapitalgedeckt finanziert.

Im Berichtsjahr betrug die Höhe der verbeitragten Löhne und Gehälter TEUR 132.988 (Vj. TEUR 127.030).

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat gegenüber dem Bayerischen Versorgungsverband eine selbstschuldnerische Bürgschaft für die Verbindlichkeiten übernommen, die sich aus der freiwilligen Mitgliedschaft der Klinikum Ingolstadt GmbH ergeben.

Die Klinikum Ingolstadt GmbH hat von der Bayerischen Landesstiftung München einen Zuschuss von TEUR 150 für die Errichtung eines stationären Hospizes erhalten. Zur Absicherung für die Dauer der Zweckbindung hat der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hierzu eine Bürgschaft in gleicher Höhe

übernommen. Der Zuschuss ist per 31. Dezember 2022 noch mit TEUR 68 (Vj. TEUR 74) valuiert (Zweckbindungsdauer 25 Jahre bis 2034).

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat für die Wertguthaben der Altersteilzeitarbeitnehmer der Klinikum Ingolstadt GmbH, sowie sämtlicher 100 % - Tochtergesellschaften der Klinikum Ingolstadt GmbH, eine Ausfallbürgschaft bis zu einem Höchstbetrag von 1,1 Mio. EUR übernommen.

Zur Besicherung von Darlehen der Klinikum Ingolstadt GmbH wurde eine Buchgrundschuld in Höhe von TEUR 18.500 eingetragen, über eine Zweckbindungserklärung sind Darlehen von der Müllverwertungsanlage die Ende 2022 mit TEUR 5.250 (Vj. TEUR 5.600) valutieren, damit besichert.

Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der genannten Bürgschaften und Grundschulden schätzen wir auf Grund der gegenwärtigen Bonität und des Zahlungsverhaltens der Begünstigten in der Vergangenheit als sehr gering ein; Anhaltspunkte für eine andere Beurteilung liegen uns derzeit nicht vor.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat gegenüber dem Freistaat Bayern eine Bürgschaft für Förderleistungen, die an die Klinikum Ingolstadt GmbH gewährt wurden, in Höhe von EUR 70.818.230,-- übernommen. Diese Bürgschaft ist derzeit mit EUR 3,4 Mio. (Vj. EUR 3,9 Mio.) valuiert.

Bezüglich der Fördermittel für die Generalsanierung, die an die Klinikum Ingolstadt GmbH gewährt werden, hat der Krankenhauszweckverband Ingolstadt für den Bauabschnitt 1 in 2015 eine weitere Bürgschaft in Höhe von EUR 66.990.000,-- gegenüber dem Freistaat Bayern übernommen. Davon wurden bisher Fördermittel in Höhe von EUR 39.330.000,-- ausbezahlt. Für den Bauabschnitt 2 wurde in 2017 eine Bürgschaft von EUR 35.532.400,-- übernommen, die ausbezahlten Fördermittel betragen zum 31.12.2022 EUR 8.760.000,--.

Mit Kauf der Reiser-Klinik wurden die von der Regierung von Oberbayern gewährten Fördermittel übernommen. Zur Absicherung besteht eine Grundschuld zugunsten des Freistaates Bayern in Höhe von EUR 6.646.794,45. Mit dieser Grundschuld sind auch die Fördermittel für den Umbau der Reiser-Klinik im Jahr 2018 abgesichert. Der Restbuchwert dieser Fördermaßnahmen beträgt zum Bilanzstichtag EUR 4.037.103 (Vj. EUR 4.300.263).

Nach der Krankenhausstrukturverordnungsverordnung werden bei der Klinikum Ingolstadt GmbH IT-Vorhaben mit 13 Einzelmaßnahmen mit einem Betrag von EUR 3.856.064,56 durch die Regierung von Oberbayern gefördert. Zur Absicherung hat der Krankenhauszweckverband eine Bürgschaft in gleicher Höhe an den Freistaat Bayern gewährt. Davon wurden zum 31.12.2022 bereits EUR 1,7 Mio. ausbezahlt.

Da diese Fördermittel zweckentsprechend verwendet werden, ist eine Inanspruchnahme dieser Bürgschaften und Grundschuld nicht wahrscheinlich.

Honorar der Abschlussprüfung für Konzern + Abschlüsse der Tochtergesellschaften

Das für das Geschäftsjahr 2022 von der Prüfungsgesellschaft berechnete Gesamthonorar von TEUR 125 brutto betrifft ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

Belegschaft

Im Jahresdurchschnitt 2022 wurden 2.901 Personen (Vj 2.835 Personen) beschäftigt, die sich wie folgt verteilen:

	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Ärzte	417	414
Pflegedienst	1.117	1.059
MTA	369	366
Funktionsdienst	327	328
Klinisches Hauspersonal	138	144
Wirtschafts- u. Versorgungsdienst	199	201
Technischer Dienst	55	55
Verwaltungsdienst	203	192
Personal d. Ausbildungsstätten	55	54
Sonderdienste	13	14
Medizintechnik	8	8
	<u>2.901</u>	<u>2.835</u>

Organe der Gesellschaft

Zweckverbandsversammlung

Sie besteht aus dem Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt, dem Bezirkstagspräsidenten des Bezirks Oberbayern und 28 weiteren Verbandsräten.

Zweckverbandsausschuss

Ausschussvorsitzender:

Dr. Christian Scharpf Oberbürgermeister d. Stadt Ingolstadt

stellv. Vorsitzender:

Josef Mederer	Bezirkstagspräsident
Albert Wittmann	Stadtrat, Pensionär
Dr. Anton Böhm	Stadtrat, Arzt
Petra Volkwein	Stadträtin
Patricia Klein	Stadträtin, Dipl. Rechtspflegerin
Hans Süßbauer	Stadtrat, Kriminalbeamter a.D. (bis 11.11.2022)
Thomas Dieser	Stadtrat, Geschäftsführer (ab 09.12.2022)
Dr. Christoph Spaeth	Stadtrat, Arzt
Hans Stachel	Stadtrat, Unternehmer
Raimund Köstler	Stadtrat, Informatiker
Ludwig Bayer	Bezirksrat, Landwirtschaftsmeister
Joachim Siebler	Bezirksrat, Berufsschullehrer

Den Mitgliedern des Zweckverbandsausschusses und der Zweckverbandsversammlung wurden Vergütungen in Höhe von TEUR 7,7 bezahlt.

Werkleitung

Dr. Andreas Tiete
Jochen Bocklet (ab 14.03.2022)
Dr. Nicolai Kranz (ab 14.03.2022 bis 31.08.2022)

Die Angabe der Organbezüge unterbleibt in analoger Inanspruchnahme des § 286 Abs. 4 HGB.

Gewinnverwendungsvorschlag des Mutterunternehmens

Die Werkleitung des Mutterunternehmens schlägt vor, den Jahresüberschuss 2022 des Mutterunternehmens von EUR 426.273,63 zusammen mit dem Gewinnvortrag in Höhe von EUR 4.561.755,89 auf neue Rechnung vorzutragen.

Nachtragsbericht

Vorgänge, die für eine Beurteilung der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Ingolstadt, 31. März 2023

Jochen Bocklet
(Werkleiter)

Dr. Andreas Tiete
(Werkleiter)

Anlagennachweis zum 31. Dezember 2022

Anlagennachweis zum 31.12.2022		Krankenhauszweckverband Ingolstadt										Konzernabschluss	
		Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibung					Restbuchwerte Stand 31.12.21	Restbuchwerte Stand 31.12.22
Bilanzposition	Anfangsstand	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Endstand	Anfangsstand	Abschr. d. Geschäftsjahres	Umbuchg.	Entnahme für Abgänge	Endstand	Restbuchwerte Stand 31.12.22	Restbuchwerte Stand 31.12.21	
Anlagengruppen	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
A I Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	14.127.152,74	524.414,52	587.989,00	47.833,28	15.191.722,98	12.872.149,74	757.435,52	0,00	47.833,28	13.581.751,98	1.609.971,00	1.255.003,00	
2. Geschäfts- oder Firmenwert	1.066.837,72	0,00	0,00	0,00	1.066.837,72	992.737,72	15.600,00	0,00	0,00	1.008.337,72	58.500,00	74.100,00	
Summe A I	15.193.990,46	524.414,52	587.989,00	47.833,28	16.258.560,70	13.864.887,46	773.035,52	0,00	47.833,28	14.590.089,70	1.668.471,00	1.329.103,00	
A II Sachanlagen													
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	363.776.377,10	1.499.654,25	414.834,54	392.892,83	365.297.973,06	195.734.243,48	9.634.858,79	0,00	384.307,83	204.984.794,44	160.313.178,62	168.042.133,62	
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	6.876.253,26	0,00	0,00	0,00	6.876.253,26	4.127.896,65	203.383,00	0,00	0,00	4.331.279,65	2.544.973,61	2.748.356,61	
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	51.700,10	0,00	0,00	0,00	51.700,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	51.700,10	51.700,10	
4. Technische Anlagen und Maschinen	33.633.750,42	493.894,90	0,00	441.976,04	33.685.669,28	24.725.778,42	1.030.960,90	0,00	441.976,04	25.314.763,28	8.370.906,00	8.907.972,00	
5. Einrichtungen und Ausstattungen	82.748.269,16	6.780.296,70	482.116,11	3.017.350,52	86.993.331,45	65.294.224,16	6.036.383,81	0,00	2.977.402,52	68.353.205,45	18.640.126,00	17.454.045,00	
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	22.816.670,70	15.368.223,46	-1.484.939,65	0,00	36.699.954,51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	36.699.954,51	22.816.670,70	
Summe A II	509.903.020,74	24.142.069,31	-587.989,00	3.852.219,39	529.604.851,66	289.882.142,71	16.905.586,50	0,00	3.803.686,39	302.984.042,82	226.620.838,84	220.020.878,03	
A III Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	80.000,00	0,00	0,00	0,00	80.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	80.000,00	80.000,00	
2. Beteiligungen	45.500,00	0,00	0,00	6.500,00	39.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	39.000,00	45.500,00	
Summe A III	125.500,00	0,00	0,00	6.500,00	119.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	119.000,00	125.500,00	
Summe A I bis A III	525.222.511,20	24.666.483,83	0,00	3.906.552,67	545.982.442,36	303.747.030,17	17.678.622,02	0,00	3.851.519,67	317.574.132,52	228.408.309,84	221.475.481,03	

Krankenhauszweckverband Ingolstadt
Konzernabschluss

	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Kapitalflussrechnung 2022		
1. Konzernjahresfehlbetrag	-8.781.299	-3.401.050
2. +/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	17.678.622	17.037.895
3. +/- Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	1.696.938	306.985
4. +/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge Erträge Auflösung Sonderposten	-12.886.962	-12.828.872
5. +/- Gewinn/Verlust aus Anlagenabgängen	22.691	23.811
6. +/- Zunahme/Abnahme der Vorräte	-557.955	306.629
Forderungen u. sonst. Vermögensg.	-5.747.757	-9.501.579
sonstige Aktiva (ARAP, akt. Unterschiedsb.)	103.218	4.522
7. +/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten/Sonderposten sonstigen Passiva (PRAP)	7.111.879	-1.087.937
	-10.852	-44.939
- Zinserträge	-35.876	-23.444
+ Zinsaufwendungen	983.759	1.792.878
+ Ertragsteueraufwand	675	898
- Ertragsteuerzahlungen	-675	-898
8. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-423.596	-7.415.101
9. + Einzahlungen aus Anlagenabgang	32.343	128.445
10. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-24.142.069	-13.601.461
12. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-524.415	-461.049
13. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0
15. Cashflow der Investitionstätigkeit	-24.634.141	-13.934.065
17. Einzahlungen von Zuschüssen/Zuwendungen für Investitionen in das Anlagevermögen (Fördermittel)	13.866.419	8.667.905
18. Einzahlungen aus Aufnahme von Krediten	10.600.000	1.900.000
19. - Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-1.436.970	-1.436.861
20. + Tilgungen von Ausleihungen	400.000	1.250.000
21. - Gezahlte Zinsen (langfristig)	-131.840	-128.326
22. Cashflow aus Finanztätigkeit	23.297.608	10.252.718
23. Zahlungswirksame Veränderungen der Finanzmittelbestände (8+15+22)	-1.760.129	-11.096.448
24. + Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	2.719.010	13.815.458
25. = Finanzmittelbestand am Ende der Periode	958.881	2.719.010

Krankenhauszweckverband Ingolstadt

Konzerneigenkapitalspiegel 2022

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklagen	Gewinnvortrag	Jahres- ergebnis	Konzern- eigenkapital
	€	€	€	€	€
Stand am 1.1.2021	2.000.000,00	70.610.664,62	14.246.862,99	2.453.157,06	89.310.684,67
Ergebnisverwendung Vorjahr Zuführung zu Rücklagen			2.453.157,06	– 2.453.157,06	0,00 0,00
Entnahme aus Rücklagen und Umgliederung in den Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens Konzernjahresfehlbetrag 2021				– 3.401.050,03	– 3.401.050,03 0,00
Stand am 31.12.2021	2.000.000,00	70.610.664,62	16.700.020,05	– 3.401.050,03	85.909.634,64
Stand am 1.1.2022	2.000.000,00	70.610.664,62	16.700.020,05	– 3.401.050,03	85.909.634,64
Ergebnisverwendung Vorjahr Zuführung zu Rücklagen			– 3.401.050,03	3.401.050,03	0,00 0,00
Entnahme aus Rücklagen und Umgliederung in den Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens					0,00
Konzernjahresfehlbetrag 2022				– 8.781.299,22	– 8.781.299,22
Stand am 31.12.2022	2.000.000,00	70.610.664,62	13.298.970,02	– 8.781.299,22	77.128.335,42

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt, Ingolstadt, und seiner Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2022, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2022 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlage-

bericht zu dienen.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zu den inhaltlich geprüften Konzernlageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der Zweckverbandsversammlung für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in

Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Die Zweckverbandsversammlung ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten in-

ternen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

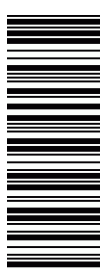
Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

München, den 19. Juli 2023

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Anita Botzenhardt
Wirtschaftsprüfer

ppa. Alexander Ecker
Wirtschaftsprüfer





20000005671510